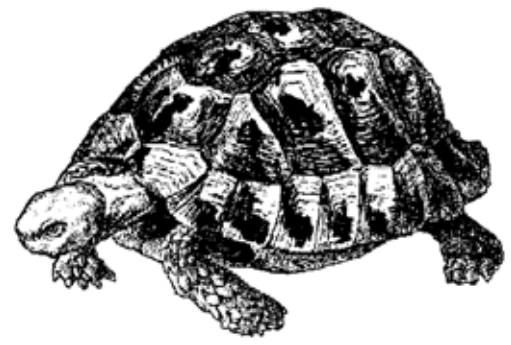
express
Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit



Nr. 5/2025, 63. Jahrgang • www.express-afp.info • ISSN 0343–5121 • Preis: 4,00 Euro

Viel Enthusiasmus und einige Leerstellen

In Berlin traf sich die aktivistische Gewerkschaftslinke – von der Redaktion *express*

Gute Laune in Berlin. Die diesjährige Streikkonferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung – Motto: »Gegenmacht im Gegenwind« – vermeldete einen Rekordbesuch. Fast 3.000 Besucher:innen hatten sich am Ende in die Anmeldelisten eingetragen, annähernd doppelt so viele wie 2023 in Bochum. Und sechsmal mehr als auf der ersten Streikkonferenz 2013 in Stuttgart, als sich erstmals aktive Gewerkschafter:innen und engagierte Wissenschaftler:innen getroffen hatten, um sich über aktuelle Arbeitskämpfe und den Stand linker Gewerkschaftsarbeit auszutauschen.

Vor zwei Jahren haben wir im *express* (6-2023) geschrieben, dass die Streikkonferenzen in der Regel den Konjunkturen und Themen der ihnen vorausgehenden oder sie begleitenden Arbeitskämpfe folgen. Das war in Berlin nicht anders. Es kam hinzu, dass nicht nur die zahlreichen Streiks der letzten Jahre, sondern auch der unerwartete Wahlerfolg der Linken die Stimmung im linksgewerkschaftlichen Milieu sichtlich aufgehellt hatten. Unbeschadet der eher bescheidenen Tarifergebnisse bei DHL und im öffentlichen Dienst überwog eine entspannte, oft vorsichtig optimistische, manchmal euphorische Atmosphäre.

Unübersehbar war, dass sich der Generationswechsel und Kulturwandel innerhalb der Gewerkschaftslinken und ihres Umfelds weiter fortgesetzt haben. Sie waren bereits bei den Vorgängerkonferenzen in Braunschweig und Bochum zu beobachten. Die Konferenz in Berlin war noch einmal jünger, weiblicher und aktivistischer. Beim Auftakt am Freitagabend, bei der Eröffnung der Konferenz am Samstagmorgen und beim Abschied am Sonntag, jeweils im voll besetzten Audimax der TU Berlin, feierten die Teilnehmer:innen sich selbst – endlich einmal wieder viele sein. Man fühlte sich zeitweise wie auf dem Kirchentag der Gewerkschaftslinken.

Großen Beifall erhielt die Begrüßungsrede der TU-Präsidentin Geraldine Rauch, die nicht nur deutliche Worte gegen die Sparvorhaben des Berliner Senats und für die Unabhängigkeit der Hochschulen fand, sondern auch ausdrücklich für gesellschaftskritisches Engagement warb.

Wie die AfD aufhalten?

Der Konferenztitel »Gegenmacht im Gegenwind« hatte schon vorher klargemacht: Es wird um Rechtsextremismus gehen. Ein erstes inhaltliches Highlight war das von Katharina Schwabedissen, ver.di-Sekretärin und aktiv im Bündnis »Widersetzen«, moderierte Auftaktpodium zum »Rechtsruck in Betrieb und Gewerkschaft«. Gerd Wiegel vom DGB-Bundesvorstand gab zu Beginn einen Überblick über die Zustimmungswerte der AfD unter Arbeiter:innen und Gewerkschaftsmitgliedern. (Nachzulesen sind die ausführlich in *express* 2-3/2025 und 4/2025.) Die Frage, warum die Rechtsextremen gerade bei denjenigen Leuten Erfolge erzielen, die eigentlich traditionelle Zielgruppen der Linken sind, beschäftigt die Streikkonferenzen bereits seit 2019. Ein Makel der diesjährigen: Wer sich mit dieser Frage schon auseinandergesetzt hat, wird wohl nicht allzu viel Neues gelernt haben.

Ihre Stärken hatte die Konferenz dann, wenn es konkret und betrieblich wurde. So auch beim Auftaktpodium. Marc Seeger, IG Metall-Betriebsrat bei VW in Braunschweig, benannte das Dilemma der Gewerkschaft, dass einerseits der alte Status quo, der den VW-Beschäftigten herausragende Arbeitsbedingungen garantierte, nur mit großen Abstrichen zu halten sei. Andererseits sei aber keine gangbare Alternative zu sehen. Die Rechtsextremen im Betrieb versuchten dagegen, sich als solche anzubieten. Chaja Boebel, die beim Vorstand der IG Metall im Ressort »Grundsatzfragen und Gesellschaftspolitik« arbeitet, konnte nur zustimmen und einräumen, dass sich die Gewerkschaft im Umgang mit AfD-nahen Mitgliedern und Beschäftigten schwertue. Sie führte das unter anderem darauf zurück, dass sich die IG Metall in den Betrieben zu lange um gesellschaftspolitische Debatten gedrückt habe.

Die ver.di-Gewerkschaftssekretärin Lisa Baumeister, zuständig für Entsorgungsbetriebe in Brandenburg, berichtete, wie sie und ihr hauptamtlicher ver.di-Kollege immer wieder mit AfD-Mitgliedern konfrontiert seien, die nicht nur in Betriebsräten verankert seien – ohne sie könnten viele Arbeitskämpfe gar nicht geführt werden. An direkten Gesprächen führe kein Weg vorbei, meinte Baumeister. Die Enttäuschung und den Ärger der Beschäftigten ernst zu nehmen, sei der notwendige erste Schritt, um mittelfristig politisch etwas bewegen zu können.

Ines Schwerdtner, Vorsitzende der Linken, hatte dem – wenig überraschend – auch keine Analyse hinzuzufügen, die über die Feststellung hinausging, dass materielle Unsicherheit und Sozialabbau den Aufstieg der Rechtsextremen begünstigten. Dass dies nicht alles ist, weiß sie. Dass mit dem Mietendeckel allein die AfD nicht zurückgedrängt werden kann, weiß sie auch. Blockadeaktionen wie die gegen die AfD-Parteitage in Essen und Riesa, zu denen auch das Bündnis »Widersetzen« mobilisiert hatte, werden auch in Zukunft notwendig sein. Und eine weitere Diskussion darüber, wie der Aufstieg der Rechtsextremen theoretisch zu begreifen und praktisch zu bekämpfen ist. In mehreren Veranstaltungen des Kongresses wurde sie in Ansätzen geführt.

Mit großem Beifall wurde der von der Linkspartei unterstützte Aufruf »AfD-Verbot Jetzt!« bedacht. Bei vielen Besucher:innen scheint allerdings die Diskussion darüber, ob ein solches Verbot erstens durchsetzbar und zweitens überhaupt hilfreich ist, noch nicht abgeschlossen zu sein.

Streikende sorgen für emotionalen Höhepunkt

Bewegender Höhepunkt der Eröffnungsveranstaltung am Samstagmorgen war der Auftritt einer großen Delegation von Streikenden der Charité-Tochter CFM (Charité Facility Management), die sich seit acht Wochen im Ausstand befanden. Bei CFM arbeiten etwa 3.500 Menschen, unter anderem in den Bereichen Krankentransport, Reinigung und Küche. Sie sind deutlich schlechter gestellt als andere Beschäftigte an der Charité und forderten: »Für alle an der Spree: TVöD!« Zwei Kolleginnen berichteten, unter welch schweren Bedingungen sie arbeiten müssen, welche Mühe es bereitet, Schichtarbeit und Kindererziehung miteinander zu vereinbaren und wie ihnen und ihren Familien die Niedriglöhne zu schaffen machen. Einer der Streikenden verwies auf das Problem, dass der Arbeitskampf materiell nur schwer durchzuhalten sei. Das Streikgeld gleiche den ausfallenden Lohn nur teilweise aus, bei niedrigen Einkommen seien selbst vergleichsweise geringe Einbußen nur schwer zu verkraften. Aus diesem Grund baten die Streikenden dringend um Spenden, um durchhalten zu können. In Sonderfällen zahlt ver.di zwar ein erhöhtes Streikgeld. Das Problem des Lohnverlusts beim Streik lässt sich aber nicht vollständig beheben. Und der Streikfond von ver.di ist keineswegs unerschöpflich – auch wenn Gerüchte anderes sagen. Kurz und gut: Die Streikenden brauchen Geld, und darum rufen auch wir zur Spende auf (siehe S. 9).

Erfolge sind möglich

Was unter schwierigen Bedingungen erreicht werden kann, zeigten Berichte erfolgreicher Arbeitskämpfe beim von der NGG organisierten Lebensmittelbetrieb Cargill in Sachsen-Anhalt. Dort konnten in aufeinanderfolgenden Auseinandersetzungen über mehrere Jahre hinweg deutliche Entgeltsteigerungen errungen werden. Kollegen von Tadano, einem Automobilzulieferer in Zweibrücken in der Pfalz, zogen eine positive Bilanz ihres Arbeitskampfs

PROBLEME
... mit dem Chef 5-7, 12

SIND
... nicht von dieser Welt 9

DORNIGE
... Abschlüsse 4

CHANCEN
... vertan 10, 14

GEWERKSCHAFTEN INLAND

Redaktion express: »Viel Enthusiasmus und einige Leerstellen« – Streikkonferenz in Berlin 1

Heiner Dribbusch: »12 Jahre Streikkonferenz« – Ein kursorischer Rückblick 3

Sebastian Borkowski: »Angriff auf die Arbeitszeit« – Tarifabschluss im Kfz-Handwerk 4

Ulrich Maaz: »Eine gefühlte Niederlage« – TVöD-Ergebnis abschließend gebilligt 4

BETRIEBSSPIEGEL

Gaston Kirsche: »Kein Lohn bei Krankheit« – Zara verweigert Lohnfortzahlung 6

Gaston Kirsche: »Dies nutzen einige Unternehmen dreist aus«– Ein Gespräch mit Daniel Weidmann 7

ARBEITSRECHTE IN PREKÄREN LEBENSLAGEN, FOLGE 5

Nikolai Huke: »Solange keine Arbeitsbescheinigung vorliegt...« – Ein Gespräch mit Margarete Brugger 5

POLITIK UND DEBATTE

»An die neue Bundesregierung« – Appell für eine verantwortungsvolle Migrationspolitik 8

Nadja Rakowitz: »Was glauben Sie denn, wer Sie sind?« – Zur Durchsetzung des KHVVG 14

INTERNATIONALES

Lucas Rudolph: »Hoch die nationale Solidarität« – US-Gewerkschaften unterstützen Trumps Zollpolitik 10

Natascha Elena Uhlmann: »Unbeeindruckt von Zolldrohungen« – Mexikanische GM-Beschäftigte erringen Lohnerhöhung 11

Kıvanç Eliaçık: »Gegen Traumata und Union Busting« – Der Kampf der TikTok-Moderator:innen 12

EUROPA-EXPRESS, FOLGE 10

Roland Erne: »Sind die Tragödien schon vergessen?« – Deregulierung der EU-Lieferkettenrichtlinie 13

REZENSIONEN

Torsten Bewernitz: »Unendliche Arbeitszeiten« – Sammelband zum nicht-existierenden Genre »Labour Fiction« 9

Klaus Blees: »Antisemitismus jeglicher Couleur« – Antisemitismus in der AfD 16

Zu den Bildern dieser Ausgabe

Ein gesetzlicher Feiertag ist der 8. Mai zwar nur in Berlin – das sollte aber niemanden davon abhalten, den Sieg der Alliierten über Nazideutschland zu feiern. Bekanntlich sind Feier- und Gedenktage nicht nur Anlass, es sich gutgehen zu lassen, sondern auch, eben: zu gedenken. Unsere Bildstrecke erinnert deshalb an den Aufstieg des Nationalsozialismus, seine Kulturpolitik und den Antisemitismus.

»Zwei weibliche Halbakte« heißt die Graphic Novel des französischen Künstlers Luz. Sie trägt denselben Namen wie ein Gemälde des Künstlers Otto Müller, der kein Expressionist sein wollte, sondern ein »freier Künstler«. Aus der Sicht des Bildes wird die Geschichte des Nationalsozialismus erzählt; als Leser:in erfährt man nur, was sich unmittelbar vor dem Gemälde abspielt.

Man wird Zeuge, wie der jüdische Kunstsammler Ismar Littmann die »Zwei weiblichen Halbakte« kauft, wie ihm der Antisemitismus das Leben unmöglich macht und wie er sich letztlich das Leben nimmt. Die Gestapo beschlagnahmt das Gemälde und platziert es in der Propagandaausstellung »Entartete Kunst«. Man hört die Reden der NS-Kulturfunktionäre. Man sieht, wie Müllers Bild über Umwege in einem Kölner Kunstmuseum landet und dass es bis 1999 dauert, bis es an Littmanns Tochter Ruth Haller zurückgegeben wird, die es wieder dem Museum verkauft.

Wir bedanken uns herzlich beim Reprodukt-Verlag für die Überlassung der Illustrationen!

Luz: Zwei weibliche Halbakte, Reprodukt, Berlin, 192 Seiten, farbig, 20,5 x 25,5 cm, Hardcover, 1. Auflage, April 2025, ISBN 978-3-95640-468-9

für den Erhalt des Standorts (siehe *express* 4/25). »Arbeitskampf auch in Krisenzeiten – Kampfzone durch Solidarität erweitern«[1] ist ihre hochinteressante Broschüre betitelt, die sie selbst auf der Streikkonferenz verteilten.

Große Resonanz erhielt auch die Arbeitsgruppe »Beispiele feministischer Betriebs-, Tarif- und Bündnisarbeit«. Neben einem kritischen Rückblick von Silvia Habekost (ver.di, Krankenhausbewegung Berlin) und Katrin Wagner (GEW Berlin) auf ihre Erfahrungen in dieser Arbeit, berichtete eine baskische Gewerkschafterin über den feministischen Generalstreik vom November 2023 im spanischen Baskenland und dessen Vorbereitung. Neben Verbesserungen der Arbeitsbedingungen im Pflegesystem ging es dabei um die zunehmende Privatisierung sowie um eine Verbesserung der Situation der zumeist migrantischen und prekär Beschäftigten in der häuslichen Pflege. Wichtig war den Organisator:innen hierbei die – teilweise erfolgreiche – Einbeziehung männlich dominierter Sektoren, etwa der Metallindustrie, in die Streikaktionen.

Beeindruckend waren auch die Erfahrungsberichte von Busfahrern über die etwas andere Art des Tarifkampfes von ver.di bei den Berliner Verkehrsbetrieben. Es habe keine Festlegungen »von oben« gegeben, bei denen die Mitglieder erst aus der Presse erfahren, hinter welche Forderungen sie sich zu stellen haben. Diesmal habe man jede Forderung und jeden Schritt im Tarifkampf rückgekoppelt, bei jedem Einzelnen in »Gesprächen von Mann zu Mann auf dem Hof« erfragt, was sie erreichen wollten und was die Tarifkommission als nächstes tun solle. Nur weil alle mitgenommen wurden, konnten die 20,1 Prozent Lohnerhöhung erreicht werden. Hier hat Organizing Früchte getragen, scheint es. Gut möglich, dass die Konferenz dazu beigetragen hat, basisdemokratischen Formen der Gewerkschaftsarbeit zu verbreiten.

Überhaupt waren solche Arbeitsgruppen die Stärke der Konferenz: Engagierte Kolleg:innen, die aus ihrer eigenen Praxis, von ihren eigenen Erfolgen erzählten, und zur Diskussion einluden. Gerade jene, die in ähnlichen Bereichen aktiv sind oder vor ähnlichen Problemen stehen, konnten aus den Erfahrungen lernen, die andere mühsam machen mussten. Neben den genannten Arbeitsgruppen waren die zur Organisierung von Hochqualifizierten und die zur Solidarität zwischen verschiedenen Beschäftigtengruppen an den Hochschulen positive Beispiele. Sie machten Mut, jenseits der gelegentlichen Selbstbeweihräucherung in riesengroßer Runde.

Besuch aus den USA

Am Samstagvormittag gab es internationalen Besuch. Brandon Mancilla, Vertreter der United Auto Workers (UAW), berichtete vom Niedergang und der Erneuerung seiner Gewerkschaft. Im März 2023 wurde erstmals der Präsident (entspricht dem Vorsitzenden) der Gewerkschaft direkt von den Mitgliedern gewählt. Gewinner war Shawn Fain, der von der Erneuerungsbewegung »Unite All Workers for Democracy« (UAWD) unterstützt worden war. Mancilla, der selbst für die Hochschulbeschäftigten bei der UAW zuständig ist, gehörte zum bei der Wahl siegreichen Team. Mit großem Beifall wurden seine Berichte aufgenommen über den erfolgreichen Streik bei den *big three*, den großen Drei der amerikanischen Automobilindustrie (GM, Ford, Stellantis). Mancilla berichtete auch, wie es gelang, das VW-Werk in Chattanooga zu organisieren, und warum die Gewerkschaft bei Mercedes in Tuscaloosa scheiterte.

Sehr erstaunlich war allerdings, dass Mancilla auf die Präsidentschaft Trumps und dessen gewerkschaftsfeindliche Politik nicht explizit einging. Zwar sprach er davon, dass endlich das, wie er es nannte, »free-trade disaster« beendet worden sei; dass die UAW sich aber offensiv hinter die aggressive Zollpolitik von Trump stellte, fiel unter den Tisch (siehe S. 10). Was dies für das Verhältnis zur IG Metall bedeutet, wäre ebenfalls hochinteressant gewesen. Eine Möglichkeit zur Diskussion wurde verschenkt.

Was heißt eigentlich »Gegenmacht«?

Viele historische Arbeitsgruppen gab es nicht – kein Wunder, es war ja eine Konferenz zur Gegenwart, nicht zur Geschichte der Gewerkschaften. Immerhin setzte sich ein Themenseminar mit dem 2. Mai 1933 auseinander. Und in der Arbeitsgruppe »Treuhand und Belegschaftsproteste: Die Rolle der Gewerkschaften in der ostdeutschen Transformation« wurde gefragt, welche Lehren denn nun aus den Erfahrungen von damals zu ziehen seien. Da ließ sich tatsächlich mal aus der Geschichte lernen: In einer Umbruchsituation wie 1989/90 hätten die Gewerkschaften ihre traditionellen Instrumente auf den Prüfstand heben sollen und sich nicht in die Rolle von »Mitgestaltern« dieser dramatischen Entwicklung drängen lassen sollen, etwa im Verwaltungsrat der Treuhand. Auch heute, so der Tenor, bräuchte es wieder neue Ideen für gewerkschaftliche Kämpfe – und mehr »Gegenmacht« als »Mitgestalten«.

Die Rolle der Gewerkschaften als politische Gegenmacht zog sich wie ein roter Faden durch die Diskussionen. Sehr deutlich wurde diese Haltung von der Postgewerkschafterin Isa Senff aus Leipzig formuliert, als sie auf dem Abschlusspodium dazu aufrief, den »Kuschelkurs« und die »Hinterzimmergespräche« sein zu lassen, die Gewerkschaftsvorstände mit Parteien, namentlich der SPD, gerne pflegen. Tatsächlich hatte die SPD nach ihrer Zustimmung zum Koalitionsvertrag kein Rederecht auf der zentralen Kundgebung am 1. Mai in Chemnitz erhalten.

Die Entwicklung von gewerkschaftlicher Gegenmacht spielte auch bei Amazon und Tesla, zwei Großbaustellen von ver.di und der IG Metall, eine zentrale Rolle. Beide Konzerne agieren offen gewerkschaftsfeindlich und lehnen aus ideologischen Gründen prinzipiell den Abschluss von Tarifverträgen ab. Die Auseinandersetzungen dort haben daher grundsätzliche Bedeutung. Entsprechend groß war das Interesse an der Arbeitsgruppe, in der ein Einblick in die Organisierungsbemühungen bei Tesla und den Stand der bereits seit mehr als zehn Jahren laufenden Auseinandersetzung bei Amazon gegeben wurde.

Standing Ovations für Tesla-Aktive

Wie bei den CFM-Streikenden war der gemeinsame Auftritt von Aktiven der »IG Metall – Tesla Workers GFBB« beim Konferenzabschluss von Standing Ovations begleitet. Die Bedingungen bei Tesla sind nach wie vor hart: Extrem kurze Taktzeiten und das berüchtigte Tesla-Tempo sorgen für anhaltenden Druck. Wer erkrankt, wird engmaschig kontrolliert, Krankschreibungen werden angezweifelt, Unzufriedenen wird das Ausscheiden nahegelegt, was vor allem auf Beschäftigte mit unsicherem Aufenthaltsstatus disziplinierend wirkt. 36 Prozent aller IG Metall-Mitglieder bei Tesla haben 2024 gewerkschaftlichen Rechtsschutz benötigt, 21-mal so viele wie sonst in der Metallindustrie üblich. Das zeigt, wie aggressiv das Tesla-Management gegen engagierte Beschäftigte vorgeht. Besonders im Fokus sind IG Metall-Mitglieder und -Betriebsräte.

Die IG Metall-Aktiven hoffen, die nächste Betriebsratswahl mit einer absoluten Mehrheit für sich zu entscheiden. Sicher ist das nicht. Den eindrucksvollen Beitrag der Aktiven bei Tesla schloss eine polnische Kollegin mit den Worten »Solidarność na zawsze!« – Solidarität für immer!

Grenzen der Aufklärung

Mit rund 3.000 Teilnehmer:innen ist die Streikkonferenz an ihr Limit gestoßen. Die schiere Menge machte die Konferenz insgesamt unübersichtlich: Fast vierzig Arbeitsgruppen, dazu mehrere Themenseminare sowie zwanzig Praxisseminare boten ein in seiner Gesamtheit kaum überschaubares Angebot. Wie sollen bei einer Konferenz dieser Größenordnung der Austausch über Branchen hinweg und kritische Diskussionen gelingen? Die Arbeitsgruppen hatten vielfach den Charakter von Uni-Seminaren, bei denen zwar viele Informationen vermittelt wurden, aber kaum diskutiert wurde. Die gewerkschaftlichen Kontroversen blieben unterbelichtet – sie fielen der allgemeinen Harmonie zum Opfer.

Dabei hätte es genug Probleme gegeben, über die man hätte sprechen können: beispielsweise über den Lohnausfall beim Streik oder die fehlende Erzwingungsfähigkeit in der Fläche, die für wichtige Dienstleistungsbranchen wie den öffentlichen Dienst, den Handel und den Gesundheitsbereich ein echtes Problem ist. Im Plenum gab es keine Kritik an ver.di wegen der Missachtung des Mitgliedervotums bei der Post, auch auf eine konstruktive Kritik am TVöD-Abschluss wartete man vergeblich. Schließlich fehlte ein Gespräch über Arbeitsmarktpolitik völlig. Selbst wenn sie nicht originär in das Aufgabenfeld der Gewerkschaften fällt, sollte man sich klar machen, dass steigende Erwerbslosenzahlen ebenso absehbar sind wie neue restriktive Maßnahmen der aktuellen Bundesregierung. Etwas mehr Wasser hätte in diesem Fall dem Wein gutgetan.

Ein besonders großer »weißer Fleck« war da zu erkennen, wo es um die Rolle von Gewerkschaften bei der Bekämpfung der Klimakatastrophe gehen sollte. Lediglich eine Arbeitsgruppe und ein Forum trugen das Thema »Klima« im Namen. In beiden Treffen wurde über das Verhältnis von Klima- und Gewerkschaftsbewegung diskutiert. Im Forum, in dem sich die Aktiven der Tarifrunde Nahverkehr und von #wirfahrenzusammen zum Erfahrungsaustausch trafen, war beeindruckend, wie viele Gruppen von Klimaaktivist:innen es – namentlich im Osten! – gab, die die Kolleg:innen aus dem Nahverkehr in ihrer Tarifauseinandersetzung unterstützt haben. Abgesehen von symbolischen Aktionen führte diese Kooperation allerdings nicht dazu, die Forderung nach einer Verkehrswende in die Tarifkämpfe einzubinden. Denn letztere kamen über klassische gewerkschaftliche Forderungen kaum hinaus – diese Schranke bildete sich leider auch im Konferenzprogramm ab.

Bis zum nächsten Mal!

Die Kritik an einzelnen Leerstellen schmälert nicht das große Verdienst dieser wie der vorangegangenen Streikkonferenzen. Sie bieten Aktivist:innen, Hauptamtlichen und Interessierten – gerade dann, wenn sie noch nicht seit vielen Jahren »dabei« sind – eine gute Möglichkeit, außerhalb des eigenen Mikrokosmos Neues zu erfahren und ähnlich Gesinnte kennenzulernen. Gerade die Branchentreffen eignen sich dafür. Und schließlich ist das Gefühl, nicht allein zu stehen, das ein vollbesetztes Audimax vermittelt, als Motivationsschub nicht zu unterschätzen. Kurz: Es wäre wünschenswert, wenn die RLS die Reihe fortsetzen würde. Nicht zuletzt deshalb, weil in den bevorstehenden betrieblichen, tariflichen und gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen keineswegs nur Siege zu erwarten sind.

Anmerkung:

1 *Zum kostenlosen Download unter: www.igmetall-bezirk-mitte.de/fileadmin/user/Downloads/Broschueren_Bez-Mitte/Final_Broschuere_Tadano_Streik2024_Endfassung.pdf*

12 Jahre Streikkonferenz

Ein kursorischer Rückblick – von Heiner Dribbusch*

Von Mal zu Mal wuchs die »Streikkonferenz« der Rosa-Luxemburg-Stiftung. In Berlin nahmen an der sechsten Auflage zuletzt rund 3.000 Kolleg:innen teil. Für viele von ihnen wird es die erste Streikkonferenz gewesen sein. Auch von denjenigen, die schon häufiger dabei waren, werden wohl die Wenigsten wissen, wie vor mehr als zehn Jahren alles begann. Und wer könnte noch sagen, worüber 2014 diskutiert wurde? Um den kollektiven Gedächtnisverlust ein wenig zu verlangsamen, erinnert Heiner Dribbusch anlässlich der sechsten Streikkonferenz an die vorherigen fünf.

Stuttgart, 1.-3. März 2013: »Erneuerung durch Streik. Erfahrungen mit einer aktivierenden und demokratischen Streikkultur« lautete der Titel der von der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) organisierten »Streikkonferenz«, zu der sich laut Veranstalterin 500 Interessierte in Stuttgart eingefunden hatten. Der Kreis der Teilnehmer:innen umfasste engagierte Basisaktivist:innen, Gewerkschaftssekretär:innen sowie interessierte Wissenschaftler:innen. Besondere Aufmerksamkeit erhielt damals Bernd Riexinger, der seit Juni 2012 einer der beiden Parteivorsitzenden der Linken war, auf der Konferenz aber vor allem als ehemaliger Geschäftsführer von ver.di in Stuttgart sprach. Der Titel seiner Rede, die später als Broschüre erschien, lautete »Demokratisierung von Streiks – Revitalisierung der Gewerkschaftsarbeit«. Riexinger befasste sich darin mit der Verschiebung des Streikgeschehens in den Dienstleistungsbereich sowie den besonderen Bedingungen, unter denen Arbeitskämpfe im Handel, aber auch in Kindertagesstätten oder kommunalen Kliniken geführt werden mussten. Betont wurden die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisierung vor und im Streik, die Demokratisierung der Arbeitskämpfe durch Streikversammlungen sowie die Entwicklung neuer Streikformen. Diese Themen fanden sich auch in unterschiedlicher Ausprägung in den zahlreichen, die Plenumsveranstaltungen begleitenden Arbeitsgruppen wieder. Besonders willkommen geheißen und gefeiert wurden Vertreter:innen ausländischer Gewerkschaften sowie Aktive und Vertreter:innen von im Streik befindlichen Belegschaften. Abgerundet wurde die Konferenz durch ein Referat von Klaus Dörre über die Bedeutung von Streiks für die gewerkschaftliche Erneuerung. Von vielen Teilnehmer:innen wurde besonders begrüßt, dass die Konferenz eine Gelegenheit zu Austausch und Vernetzung über die eigene Branche und Region hinaus bot.

Hannover, 2.-4. Oktober 2014: »Gemeinsam Strategien entwickeln. Konflikte führen. Beteiligung organisieren. Erneuerung durch Streik II« war die zweite RLS-Streikkonferenz überschrieben. Sie fand bereits eineinhalb Jahre nach dem Auftakt statt, diesmal in Hannover, und mobilisierte rund 700 Teilnehmer:innen. Vorträge von Ingrid Artus, Hans-Jürgen Urban und Bernd Riexinger zur Zukunft der gewerkschaftlichen Erneuerung, der kollektiven Handlungsfähigkeit im Gegenwartskapitalismus sowie der gesellschaftspolitischen Bedeutung von Streiks eröffneten die Tagung. Erstmals wurden neben zahlreichen thematischen Arbeitsgruppen auch Praxisseminare zu Methodenschwerpunkten angeboten. Neu waren auch die Branchentreffen. Sowohl Praxisseminare wie Branchentreffen wurden zu einem ständigen Feature der Konferenzen. Inhaltliche Schwerpunkte der Arbeitsgruppen bildeten verschiedene Aspekte des Organizings sowie die Auseinandersetzungen im Dienstleistungsbereich, nicht zuletzt die Erfahrungen mit Auseinandersetzungen an den Kliniken, unter anderem an der Charité, die bereits 2013 vertreten war.

Frankfurt, 30. September – 2. Oktober 2016: **»Gemeinsam gewinnen!«** war das ambitionierte Motto der dritten Streikkonferenz, zu der sich wiederum rund 700 Teilnehmer:innen, diesmal an der Universität in Frankfurt am Main, trafen. Das Streikjahr 2015 mit dem bundesweiten Streik im Sozial- und Erziehungsdienst, dem großen Streik bei der Deutschen Post sowie dem 2014 begonnenen und erst 2015 beigelegten Arbeitskampf der GDL bei der Deutschen Bahn bildete den Hintergrund. Themen waren unter anderem Streiks, bei denen der ökonomische Druck eher gering ist (wie im öffentlichen Dienst), Streikdelegierte und Tarifberater:innen als neue Formen der Demokratisierung von Arbeitskämpfen, aber auch die Probleme von Streiks in Unternehmen wie Amazon. Organizer:innen diskutierten, was aus der gewerkschaftlichen Erneuerung durch Organizing geworden sei. Als Strategiedebatten angelegte Arbeitsgruppen widmeten sich dem Stand der Auseinandersetzungen um mehr Personal an den Kliniken oder gewerkschaftlichen Strategien im Sozial- und Erziehungsdienst. Insgesamt wurden – angesichts dessen, dass etliche Arbeitskämpfe in umstrittenen Kompromissen endeten und das »Gemeinsam gewinnen« häufig nur mäßig gelang – relativ viele, auch selbstkritische Fragen zur Gewerkschaftsarbeit aufgeworfen.

Braunschweig, 15.-17. Februar 2019: Die nächste Konferenz folgte nach zweieinhalbjähriger Pause im Februar 2019 in Braunschweig. Das Motto lautete diesmal, deutlich bescheidener als 2016, **»Aus unseren Kämpfen lernen«**. Mit rund 800 Teilnehmer:innen gab es eine leichte Steigerung gegenüber 2016. Der seit 2013 verstärkt sichtbar werdende Generationswechsel in den Gewerkschaften schlug sich, so der Eindruck, auch bei den Besucher:innen der Tagung nieder. Die 24-Stunden-Streiks der IG Metall in der Tarifrunde 2018, die ersten Erfolge bei Ryanair, die Fortsetzung der Krankenhausbewegung, Auseinandersetzungen bei ausgegliederten Betrieben, eine neue Arbeitszeitdebatte, aber auch Rassismus und Rechtsextremismus im Betrieb waren einige der beestimmenden Themen. »Star« der Konferenz wurde Jane McAlevey, eine bis dahin in Deutschland nur wenigen bekannte US-amerikanische Gewerkschaftsaktivistin und Organizerin, die darüber referierte, wie in den USA durch breit angelegte, beteiligungsorientierte Arbeitskampf- und Verhandlungsstrategien Streiks gewonnen werden konnten. Parallel zu ihrem Auftritt präsentiert die RLS ihr Buch »Keine halben Sachen – Machtaufbau durch Organizing«. Ihre Anregungen werden nach der Konferenz durch eine Serie von durch die RLS organisierten Online-Seminaren vor allem in ver.di verbreitet und in den Auseinandersetzungen um Entlastung in den Krankenhäusern praktisch erprobt.

Bochum, 12.-14. Mai 2023: Unter dem Slogan »**Gemeinsam in die Offensive**« fand nach einer mehr als vierjährigen, auch pandemiebedingten Pause die fünfte Auflage statt, diesmal an der Uni Bochum. Die innere Krise der Linkspartei war zu diesem Zeitpunkt unübersehbar, der russische Angriff auf die Ukraine hatte seine Spuren hinterlassen. Zugleich hatten spektakuläre Streikaktionen von ver.di in der Tarifrunde des öffentlichen Dienstes Anfang 2023 und nicht zuletzt der gemeinsame Streiktag mit der EVG das Interesse an der Konferenz unverkennbar gestärkt. Hinzu kam die große Aufmerksamkeit, die 2021 die Berliner Klinikstreiks an der Charité und bei Vivantes sowie der elfwöchige Streik 2022 an den Unikliniken in NRW in der Gewerkschaftslinken erhalten hatten. Mehr als 1.500 Teilnehmer:innen bedeuteten eine Verdoppelung der Beteiligung gegenüber Braunschweig und waren zugleich Indiz dafür, dass sich in Bochum eine neue Generation Interessierter traf, die mehrheitlich zum ersten Mal eine Streikkonferenz besuchte. Nordrhein-westfälische Krankenhausbeschäftigte, nicht selten erst seit Kurzem überhaupt Gewerkschaftsmitglieder, waren stark vertreten. Nicht wenige Teilnehmer:innen hatten offensichtlich über die TVStud-Kampagne zur Konferenz gefunden. Enthusiastischen Applaus erhielten die um ihre Arbeitsplätze kämpfenden Beschäftigten von Galeria Kaufhof in Gelsenkirchen sowie Vertreter der streikenden Rider bei Lieferando. Im *express* 6/2023 findet sich ein ausführlicher Konferenzbericht.

** Heiner Dribbusch ist unter anderem Autor des 2023 erschienenen Buchs »STREIK. Arbeitskämpfe und Streikende in Deutschland seit 2000. Daten, Ereignisse, Analysen«, Hamburg: VSA. Das Buch ist nach wie vor als Abo-Prämie bei uns erhältlich.*

Geneigte Leserinnen und Leser,

schön war's in Berlin. Die *express*-Reisegruppe hat sich nach der Streikkonferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung wieder zerstreut, geblieben ist für uns die Erinnerung: Es kann so angenehm sein, Kolleg:innen zu treffen, wenn das dann nicht »Teambuildung« heißt und keine Managementmaßnahme ist. Für Euch geblieben ist unser Reisebericht (S. 1), in dem wir viel applaudieren und ein bisschen meckern – natürlich konstruktiv, das kennt Ihr ja von uns.

Mitgeschleppt in unser Frankfurter Büro haben wir neben offenen Fragen und anzugehenden Aufgaben – die wiegen bekanntlich am schwersten – die druckfrische Neuerscheinung in der »Ränkeschmiede«-Reihe mit dem Titel »Der Autoritarismus der Lohnabhängigen«. Wir empfehlen die Lektüre allen, die sich nicht mit den bequemsten Antworten auf die Frage zufriedengeben wollen, warum die extreme Rechte so gut ankommt bei der arbeitenden Klasse. Die Broschüre, für die wir einschlägige Texte aus dem *express* der letzten anderthalb Jahre zusammengestellt haben, kann bei uns für 5 Euro pro Stück, zuzüglich Versandkosten, bestellt werden.

Und noch eine Neuerscheinung: »What would Picard do? Star Trek als social fiction« heißt das neue Buch unseres Redakteurs Torsten Bewernitz. Obwohl er von Science Fiction gar keine Ahnung hat, stellt er seine diesbezügliche Expertise in dieser Ausgabe unter Beweis (S. 9). Wer ein *express*-Abo abschließt, kann sich nun auch dieses Buch als Prämie aussuchen. Die Vorteile: Man muss kein Trekkie sein, damit es Spaß macht, es ist schmal genug, um noch ins Freibadgepäck zu passen – ja, lang ist es nicht mehr hin – und es sind Bilder drin. Wer noch kein Abo hat, schließe also bitte jetzt eins ab!

Auch recht neu, aber weniger erfreulich, sind die Tarifabschlüsse von ver.di und der IG Metall, die es erlauben, mehr zu arbeiten als zuvor (S. 4). Da hat uns die Diskussion über eine 4-Tage-Woche – manche erinnern sich vielleicht, so lange ist das gar nicht her – besser gefallen. Und das, obwohl wir selbstverständlich die 10-Stunden-Woche anpeilen. Denn wer zu viel arbeitet, wird schneller krank. Und wer krank ist, läuft Gefahr, auch dann noch vom Arbeitgeber drangsaliert zu werden, zum Beispiel beim Modeunternehmen Zara (S. 6). Wird es ganz schlimm, muss man ins Krankenhaus, oder besser: in die fabrikartige Krankenabfertigung. Das wäre sehr misslich, zumal der Zwang zum Geldverdienen mit Kranken kaum weniger werden dürfte (S. 14). Dann doch lieber weniger arbeiten – bleibt auch mehr Zeit, den *express* zu lesen.

Wir wünschen anregende Lektüre!

Angriff auf die Arbeitszeit

Tarifabschluss im Kfz-Handwerk – von Sebastian Borkowski*

Nicht nur die Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes sägen an der tariflichen Arbeitszeit. Auch im Kfz-Handwerk hat die IG Metall einen Tarifvertrag verhandelt, der es Beschäftigten möglich macht, länger zu arbeiten als bisher. Statt der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich steht nun eine freiwillige, individuelle Erhöhung der Wochenarbeitszeit. Bei Redaktionsschluss lagen der Abschluss in Niedersachsen und nahezu identische Verhandlungsergebnisse in Hamburg, Schleswig-Holstein und Hessen vor. Bis alle Tarifgebiete einen Abschluss erreicht haben und die jeweiligen Tarifkommissionen zugestimmt haben, wird es wohl noch dauern. Man darf damit rechnen, dass sich die Abschlüsse in den Details unterscheiden werden.

Viel ist nicht mehr übrig von der einst starken Fläche des Kfz-Handwerks. Und selbst deren Erhalt wird immer mehr zum Spagat zwischen Zugeständnissen an die Arbeitgeber und einer weiteren Erosion der bereits ausgehöhlten Tarifbindung. Waren historisch sämtliche Kfz-Werkstätten über ihre Innungen tarifgebunden, sieht es bundesweit nun ganz unterschiedlich aus. »Wir sind tarifgebunden, denn alle anderen sind es ja auch« – das ist schon lange keine Realität mehr im Kfz-Handwerk. Heute gilt vielerorts nur noch in jenen Betrieben der Tarifvertrag, deren Belegschaften allen Angriffen und Austrittsgelüsten der Geschäftsführungen getrotzt haben.

Erfolge in dieser mit 430.000 Beschäftigten vergleichsweise großen Branche sind also mitnichten ordnungspolitisch, sondern müssen zäh errungen werden. Der aktuelle Tarifabschluss im Kfz-Gewerbe liest sich daher wie viele Abschlüsse derzeit: 2,3 Prozent in diesem, 3,3 Prozent im kommenden Jahr, Laufzeit bis 31. Mai 2027. Dem großen Thema vieler Tarifkommissionen – *Entlastung* – wurde Rechnung getragen, indem zusätzliche 5 freie Tage gegen Entgeltabzug gewährt werden. Das lässt sich zurecht als Einstieg in eine Wahloption für mehr Freizeit feiern, die dem T-ZUG-Modell in der Metall- und Elektroindustrie ähnelt.

Während die Arbeitgeber mit dem Hinweis auf die volatile Markt- und Weltlage am liebsten unterhalb der Inflation abgeschlossen hätten, stieg vielerorts die Beteiligung der Kolleg:innen an Warnstreiks und Aktionen. Dies auch deshalb, weil der Kaufkraftverlust der letzten Jahre bei vielen von ihnen heute erst so richtig durchschlägt.

Länger schuften

Der Tarifabschluss mahnt jedoch: Metaller:innen steht es nicht gut zu Gesicht, mit dem Finger auf Abschlüsse von Schwestergewerkschaften zu zeigen und ihnen den Ausverkauf der Arbeitszeit vorzuwerfen. Denn die drängende Frage ist branchenübergreifend: Wer ist bereit, die Angriffe der Arbeitgeber auf die tarifliche Arbeitszeit abzuwehren?

Im Kfz-Handwerk ist es nun möglich, die wöchentliche Arbeitszeit für bis zu 30 Prozent der Beschäftigten von 36 auf 40 Stunden zu erhöhen. Für einen Sockel von 18 Prozent kann dies sogar ohne Zustimmung der Betriebsräte erfolgen, darüber hinaus unterscheiden sich die bisherigen Abschlüsse der unterschiedlichen Tarifgebiete und sehen mitunter die Zustimmung des Betriebsrates oder eine Betriebsvereinbarung vor. Wer urteilt, dass so die Mitbestimmung in Arbeitszeitfragen gestärkt wurde, muss auch die Kehrseite betrachten. Denn Arbeitgeber sind findig darin, Freiwillige unter ihren Beschäftigten zu finden und Betriebsräten eine »Einsicht in die Notwendigkeit« abzuringen oder eben abzupressen.

Dass ein bestimmter Anteil von Beschäftigten 40 Stunden pro Woche statt der regulären 36 arbeiten kann, ist schon länger Gegenstand des Kfz-Tarifvertrags und findet sich inhaltsgleich in vielen Flächentarifverträgen wieder. Der Angriff auf die tariflich erkämpfte Arbeitszeit von 36 Stunden im Kfz-Handwerk besteht darin, dass nun die Erhöhung dieses Anteils Gegenstand der Tarifauseinandersetzung wurde. Die tragische Logik dahinter: Wenn die Arbeitsbedingungen im Kfz-Handwerk dazu führen, dass immer mehr Fachkräfte dem Handwerk den Rücken kehren und ihr Heil in der Industrie suchen, wo sie mit Kusshand aufgenommen werden, dann wird eben die Arbeitszeit der verbliebenen Beschäftigten aufgestockt, um der hohen Arbeitslast zu begegnen.

(Arbeits-)Zeit ist Geld

Um diesem Ansatz gewerkschaftlich etwas entgegensetzen zu können, fehlt es vielerorts an Durchsetzungskraft – und an Geschlossenheit unter den Beschäftigten. Denn zur Wahrheit gehört auch, dass eine der ersten Fragen von Gewerkschaftsmitgliedern nach dem Tarifabschluss war: »Wie kann ich jetzt meine Arbeitszeit erhöhen?« Wenn Entgelte von der Inflation aufgefressen werden und ein Tarifergebnis nur mäßige Linderung der angespannten Situation bringt, dann erschwert das die Abwehr von Angriffen auf die tarifliche Arbeitszeit. Nicht alle Kolleg:innen tragen sie mit, weil sie in ihren Geldbeutel blicken müssen.

Dass gerade in der Frage, wie viele Beschäftigte unter welchen Bedingungen ihre Arbeitszeit erhöhen können, in den unterschiedlichen Tarifgebieten divergierende Ergebnisse ausgehandelt werden, zeigt, wie viel Musik in der Arbeitszeitfrage ist. Die Tarifkommissionen und die Verhandelnden sind sich der Signalwirkung der Abschlüsse – auch für andere (Handwerks-)Branchen – bewusst.

Statt nun die Tarifabschlüsse anderer Gewerkschaften, Bezirke oder Betriebe zu sezieren, muss die Frage lauten, wie wir Angriffe auf die Arbeitszeit zukünftig abwehren können. Am Ende wird es darum gehen, die Arbeitszeit wieder ins Zentrum gewerkschaftlicher Konflikte zu stellen. Dabei muss den unterschiedlichen Interessen in den Belegschaften – mehr Freizeit auf der einen, höheres Einkommen auf der anderen Seite – in schwierigen Zeiten solidarisch begegnet werden. Wenn die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich derzeit außer Reichweite scheint, dann sollte die tariflich erkämpfte Arbeitszeit verteidigt werden.

Die Bundesregierung wird mit ihrem Deregulierungskurs in Sachen Arbeitszeit kein Verbündeter sein, sondern auf der Seite der Arbeitgeber stehen, wenn Belegschaften den Kampf um die Arbeitszeit, vielleicht sogar um die 35-Stunden-Woche in der Industrie, wieder aufnehmen.

** Sebastian Borkowski ist Gewerkschaftssekretär bei der IG Metall Kiel-Neumünster und dort für das Kfz-Handwerk zuständig.*

Eine gefühlte Niederlage

TVöD-Ergebnis abschließend gebilligt – von Ulrich Maaz*

Der Tarifrunde für den öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen widmeten sich in unserer letzten Ausgabe zwei Beiträge, die ihren Verlauf unterschiedlich einschätzten. Inzwischen ist der Abschluss durch die Bundestarifkommission und eine Befragung der ver.di-Mitglieder bestätigt worden. Das gibt Anlass für eine Nachbetrachtung.

Nun ist es amtlich. Am 12. Mai stimmte die Bundestarifkommission öffentlicher Dienst (BTK öD) endgültig dem Tarifergebnis für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von Bund und Kommunen zu – »mehrheitlich«, wie es heißt. Im Gewerkschaftsjargon bedeutet dies, dass es auch viel Kritik gegeben hatte. Zuvor hatte in einer Mitgliederbefragung eine knappe Mehrheit von 52,2 Prozent für das Tarifergebnis gestimmt. Allerdings hatten sich nur 24,1 Prozent der ver.di-Mitglieder, für die das Tarifergebnis gilt, an der über vier Wochen bis zum 9. Mai laufenden Online-Befragung überhaupt beteiligt.[1]

»Die mehrere Wochen laufende Mitgliederbefragung wurde von intensiven und kontroversen Diskussionen begleitet. Die Einschätzungen, wie die in der vierten Verhandlungsrunde erzielte Einigung zu bewerten ist, gingen und gehen noch immer teilweise weit auseinander«, heißt es im ver.di-Flugblatt für die Mitglieder. Und in der Tat: Sowohl in der BTK wie vermutlich auch bei der Mitgliederbefragung gab es erhebliche regionale und branchenbezogene Differenzen in der Bewertung des Ergebnisses. Vor allem für viele derjenigen, die sich aktiv an der Mobilisierung für die Tarifrunde und an den Streiks beteiligt hatten, war das »schwierige Ergebnis« (Frank Werneke) eine gefühlte Niederlage. Statt einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung wurde das Tor zur Arbeitszeitverlängerung geöffnet (siehe *express* 4/2025, S. 4). Auch wenn abzuwarten bleibt, wie häufig diese auf Druck der öffentlichen Arbeitgeber erfolgte Öffnung hin zu einer »freiwilligen« Ausdehnung der Wochenarbeitszeit auf 42 Stunden am Ende genutzt wird – angesichts der Pläne der aktuellen Koalition zur Aufweichung des 8-Stunden-Tages setzt der Tarifabschluss ein fatales Signal, dem weitere Tarifbereiche folgen werden. Auch dass ausgerechnet die kommunalen Krankenhäuser von einer Regelung zur Möglichkeit der partiellen Umwandlung von Geld in Freizeit ausgespart wurden, muss wie ein Schlag ins Gesicht der überlasteten Klinikbeschäftigten wirken.

Offenbar gab es vor allem dort Kritik, wo starke Mobilisierungen und Warnstreiks stattgefunden hatten. Während für betriebliche Aktive die optionale Verlängerung der Wochenarbeitszeit ein wesentlicher Kritikpunkt war, scheint bei Kolleg:innen aus den unteren Entgeltgruppen offenbar die geringe Erhöhung des Mindestbetrags eine Rolle gespielt zu haben. Starke Ablehnung wurde vor allem von Seiten der Krankenhausbeschäftigten geäußert. Eine detaillierte Analyse ist schwierig, da ver.di keine regionalen oder betrieblichen Auswertungen der Mitgliederbefragung veröffentlicht.

Umgekehrt lässt sich jedoch mit Blick auf das Befragungsergebnis und die geringe Beteiligung auch keine große Empörungswelle feststellen. Eine für die Wiederaufnahme der Tarifauseinandersetzung notwendige breite Basis war spätestens nach der Schlichtung und Bekanntgabe des Verhandlungsergebnisses Anfang April nicht mehr vorhanden.

Problematisch ist dabei für ver.di weniger offener Protest gegen einen wenig überzeugenden Verhandlungskompromiss, als die stille Resignation und eine verbreitete Hal-

tung des Eh-nichts-mehr-machen-Könnens. Wo die Überzeugung, dass die Gewerkschaft durchsetzungsfähig und das eigene Engagement wirksam ist, schwindet oder gar nicht mehr vorhanden ist, wird es kritisch. Noch konnte ver.di seine Position halten, aber der Verlauf und das Ergebnis der diesjährigen Tarifrunde bedeuten im Vergleich zu 2023 einen Dämpfer.

Jetzt wird es darauf ankommen, gemeinsam mit möglichst vielen Gewerkschaftsmitgliedern eine genaue Aufarbeitung der Tarifauseinandersetzung zu organisieren. Dabei werden Fehler, die in dieser TVöD-Runde gemacht wurden und die die Mobilisierung insgesamt beeinträchtigt haben, (selbst-)kritisch aufzuarbeiten sein. Darunter fallen der komplizierte »Blumenstrauß« an Forderungen ohne einen konkreten Fokus, die nicht vereinheitlichten Forderungen zur Arbeitszeit sowie die – angesichts des politischen Umfelds – undeutlichen Tarifbotschaften. Innerhalb des ver.di-Apparats gibt es offenbar bereits Pläne für eine solche Aufbereitung. Es bleibt zu hoffen, dass diese nicht nur im kleinen Vorstandskreis stattfindet, sondern eine offene und konstruktive Debatte geführt wird, in die die Aktiven einbezogen und für die vorhandene Rückkoppelungsstrukturen genutzt und ausgebaut werden.

In diesem Zusammenhang stimmt es besorglich, dass es im ver.di-Apparat bereits Kritik an der in dieser Tarifrunde in Berlin erprobten vertieften Einbindung von Mitgliedern und Aktiven in Ablauf und Gestaltung der Tarifbewegung geben soll. Hierdurch, so das Argument, würden überhöhte Erwartungen geweckt, die am Ende nicht einzulösen seien und deshalb zur Unzufriedenheit mit Verhandlungskompromissen führten. Bei einem Teil der Führung schimmert hier offenbar die Angst vor einem Kontrollverlust durch. Ignoriert wird dabei, dass – wie ver.di selbst in mehreren Arbeitskämpfen der jüngeren Zeit festgestellt hat – eine intensive Beteiligung der Mitglieder die betriebliche Verankerung nachhaltig festigt, die Streikmobilisierung fördert und keineswegs Kompromisse verunmöglicht.

Die entscheidende Frage lautet am Ende doch: Wie können ver.di und die anderen Gewerkschaften trotz veränderter politischer Rahmenbedingungen und vielfältiger Mitgliederinteressen im öffentlichen Dienst tarifpolitisch (wieder) durchsetzungsfähig werden?

* *Ulrich Maaz ist Mitglied der* express-*Redaktion.*

Anmerkung:

1 *Zum Vergleich: Am Ende der von einer großen Eintrittswelle und spektakulären Streikaktionen geprägten Tarifrunde im Jahr 2023 hatten 27 Prozent der stimmberechtigten Mitglieder an der entsprechenden Befragung teilgenommen und das Ergebnis mit 66 Prozent befürwortet.*

»Solange keine Arbeitsbescheinigung vorliegt, wird kein Arbeitslosengeld berechnet«

Ein Gespräch mit Margarete Brugger (Beraterin bei mira – Mit Recht bei der Arbeit! am Standort Karlsruhe)

Nikolai Huke: *Zur Gewährung von Arbeitslosengeld fordert die Agentur für Arbeit Arbeitsbescheinigungen ein. Inwiefern kann dies den Zugang zu Arbeitslosengeld erschweren?*

Margarete Brugger: Wir erleben oft, dass Arbeitgeber keine oder falsche Arbeitsbescheinigungen ausstellen. Die Agentur für Arbeit wälzt das Problem auf die Arbeitnehmer:innen ab und sagt einfach: »Bringen Sie eine Arbeitsbescheinigung!« Solange keine Arbeitsbescheinigung vorliegt, mit der die Agentur für Arbeit zufrieden ist, wird kein Arbeitslosengeld berechnet und ausbezahlt.

Besonders problematisch ist das für diejenigen Beschäftigten, die aufgrund ihres Aufenthaltstitels keinen Zugang zu Sozialleistungen haben – auch dann nicht, wenn sie in eine prekäre Situation geraten. Wenn ich einen Rechtsanspruch auf Arbeitslosengeld habe, muss mich zwar eigentlich das Jobcenter sofort unterstützen, bis ich mein Geld erhalte. Leider ist das nur in der Theorie so, praktisch dauert es wirklich lange. In der Zeit haben die Leute kein Geld, nichts. Wenn ich aber eine vierköpfige Familie habe und normalerweise 1.600 Euro netto verdient habe, dann brauche ich das Geld sofort, ich habe nichts auf der hohen Kante, was mir helfen kann.

N.H.: *Können Sie mir von einem entsprechenden Fall aus Ihrer Beratungsarbeit erzählen?*

M.B.: Ich hatte letztes Jahr eine vierköpfige Familie aus Algerien in der Beratung, mit zwei kleinen Töchtern. Die Eltern sind schon seit fünf Jahren hier und arbeiten beide als Reinigungskraft. Der Vater kam zu mir als Ratsuchender, weil er keinen Urlaub bekommen hat. Ich habe dann mit dem Arbeitgeber telefoniert und der hat gesagt: »Er bekommt Urlaub, wenn es möglich ist vom Betrieb aus. Das ist halt gerade nicht möglich.« Aber es war schon ein paar Jahre lang nicht möglich. Wir haben dann eine schriftliche Geltendmachung geschrieben. Ich habe vorher zum Ratsuchenden gesagt: »So wie ich Ihren Chef erlebe, kündigt er Ihnen sofort, sobald er Post von uns kriegt.« Er wollte den Schritt aber trotzdem gehen. Wir sprechen immer jeden Schritt ab und holen uns dafür das OK der Ratsuchenden – man kann jeden Schritt stoppen, auch einen Tag vor dem Arbeitsgerichtsverfahren noch absagen. Nach der Geltendmachung für den Urlaub wurde ihm dann auch tatsächlich gekündigt.

Da er in den letzten drei Jahren mehr als zwölf Monate gearbeitet hatte, hatte er Anspruch auf Arbeitslosengeld. Der Arbeitgeber hat die Arbeitsbescheinigung aber nicht an die Agentur für Arbeit geschickt. Diese hat dann immer wieder beim Arbeitnehmer nachgehakt, er solle die Arbeitsbescheinigung vorbeibringen. Wir haben dann an die Agentur für Arbeit geschrieben, dass das nicht geht und dass ein Gerichtsverfahren läuft wegen des nicht gewährten Urlaubs und der Kündigung – die ja eigentlich nicht als Waffe eingesetzt werden darf, wenn jemand seine Rechte wahrnimmt. Wir haben dem Ratsuchenden dann empfohlen, sich einen Anwalt zu nehmen, was er mit Prozesskostenhilfe getan hat, die man ja dann in der Regel in Raten zurückzahlen muss. Das war im August. Das erste Mal Arbeitslosengeld hat er im Januar bekommen.

N.H.: *Welche Folgen hatte das für ihn und seine Familie?*

M.B.: Er hatte ja ohnehin als Reinigungskraft nicht viel verdient. Seine Frau hatte einen Minijob, sie hatten zwei kleine Kinder und hatten, als er noch gearbeitet hat, 1.900 Euro im Monat. Sie war im gleichen Reinigungsbetrieb wie er tätig und wurde ebenfalls gekündigt. Die Miete ihrer Wohnung betrug 900 Euro warm. Das heißt, es waren einfach keine Rücklagen da. Sie haben die ersten zwei Monate überlebt, indem sie bei Freunden Schulden gemacht haben. Dann konnten sie die Miete nicht mehr bezahlen, wodurch eine Räumungsklage im Raum stand. Hinzu kam, dass das Kindergeld nicht richtig bezahlt wurde, da ist alles zusammengekommen, was man sich so vorstellen kann. Die Frau hat dann im Januar eine neue Stelle gefunden. Der Ratsuchende hat ebenfalls eine neue Stelle angefangen und am zweiten Tag einen Herzinfarkt erlitten, ist ins Krankenhaus gekommen, musste operiert werden. Dadurch hatten sie dann wieder kein Geld.

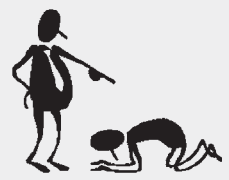
N.H.: *Wie ist es mit der Wohnung der Familie weitergegangen?*

M.B.: Da mit keinerlei Hilfe von staatlichen Behörden zu rechnen war, habe ich mich an Stiftungen gewandt, was ja eigentlich nicht unsere Aufgabe ist. Zwei Stiftungen haben dann tatsächlich die Miete übernommen, damit die Familie nicht auf der Straße landet. Sonst wären sie völlig unverschuldet obdachlos geworden. Dass Menschen, die zum Arbeiten nach Deutschland kommen, häufig keinen Anspruch auf Sozialleistungen haben, wissen die Wenigsten.

N.H.: *Was kann die Agentur für Arbeit tun, damit Menschen gar nicht erst in diese Situation kommen?*

M.B.: Unser Anspruch ist es, dass wir die Behördenmitarbeiter:innen ein bisschen dafür sensibilisieren, auf Seiten der Arbeitnehmer:innen zu stehen. Das würde helfen. Es nützt nichts, wenn die Agentur für Arbeit immer wieder schreibt: »Besorgen Sie eine Arbeitsbescheinigung«, wenn ein:e Arbeitnehmer:in sagt: »Ich kriege die Arbeitsbescheinigung nicht. Ich habe schon dreimal an meinen Arbeitgeber geschrieben.« Die soziale Marktwirtschaft schwindet in meinen Augen immer mehr, wir leben im Kapitalismus, und das zieht sich durch alle Behörden durch, etwa wenn Mitarbeiter:innen grundsätzlich erst einmal davon ausgehen, dass der Arbeitgeber nicht das Problem ist. Die Arbeitnehmer:innen, wenn sie nicht unterstützt werden, kommen ganz am Schluss. Prekäre Situationen wie diese müssten oft gar nicht entstehen, wenn staatliche Behörden, die für die Arbeitnehmer:innen da sein sollten, ihre Arbeit auch dementsprechend machen würden.

»Arbeitsrechte in prekären Lebenslagen«



In der Reihe »Arbeitsrechte in prekären Lebenslagen« stellt Nikolai Huke Interviews rund um das Thema Arbeitsrechtsverletzungen und den Umgang damit vor. Die Gespräche wurden zum einen mit betroffenen Beschäftigten geführt, zum andern mit verschiedenen Beratungsstellen (Faire Mobilität, Faire Integration, Beratungsstellen Arbeit NRW). Entstanden sind die für den *express* journalistisch bearbeiteten Texte im Rahmen des gleichnamigen Forschungsprojekts, das durch die Hans-Böckler-Stiftung gefördert wird. Wer über aktuelle Publikationen und Veranstaltungen des Projekts informiert werden möchte, kann sich unter https://lists.uni-hamburg.de/mailman/listinfo/arbeitsrechte-prekaer.wiso in einen Newsletter eintragen.

Kein Lohn bei Krankheit

Das Modeunternehmen Zara verweigert Lohnfortzahlung – von Gaston Kirsche*

»Die spanische Modekette Zara verweigert in bestimmten Fällen kranken Beschäftigten den Lohnfortzahlungsanspruch – und dies systematisch«, berichtet Christian Berhorst im Gespräch mit dem Autor. Er ist Betriebsrat, aktives Mitglied der Gewerkschaft ver.di und arbeitet als Verkäufer im Store 3109 in der Theatinerstraße in München. »Es geht um alle Krankheitstage, welche im Zeitraum der letzten 12 Monate insgesamt über sechs Wochen hinaus gehen«, fügt er hinzu.

Keine Lohnfortzahlung aufgrund von mehr als sechs Wochen Arbeitsunfähigkeit, wenn es sich doch um verschiedene Krankschreibungen im Verlaufe eines Jahres handelt? »Der Lohn wird nach den sechs Wochen verweigert, da man von einem sogenannten einheitlichen Verhinderungsfall ausgeht. Das bedeutet, dass Zara davon ausgeht, dass sämtliche Diagnosen anrechenbar sind – auch wenn nachgewiesen wurde, dass dies eindeutig nicht der Fall ist«, sagt Dominik Datz dem Autor. Er ist als Gewerkschaftssekretär bei ver.di für den Bereich Handel in München zuständig. Begonnen hat Zara mit dieser Vorgehensweise laut Datz etwa im Dezember 2024.

Die Personalabteilung von Zara zählt alle Krankheitstage zusammen und kehrt die Beweislast um: Bisher wird eine ärztliche Krankschreibung von Arbeitgeberseite in der Regel anerkannt und reicht aus für die gesetzlich garantierte Lohnfortzahlung im Krankheitsfall während einer bis zu sechswöchigen durchgehenden Krankschreibung – erst ab der siebten Krankheitswoche erhalten lohnabhängig Beschäftigte Krankengeld von ihrer Krankenkasse. Die Personalabteilung von Zara unterstellt jetzt bei mehreren Krankschreibungen während eines Jahres, es würde sich um eine fortlaufende Krankheit handeln und zählt alle Krankheitstage zusammen – und wenn es sich um mehr als sechs Wochen in einem Jahr handelt, wird die Lohnfortzahlung verweigert, auch bei zeitlich getrennten Krankschreibungen.

»Das bedeutet, dass die Diagnosen alle anrechenbar sein müssten und somit die Krankenkasse aufkommen soll«, erläutert Berhorst. »Das Prekäre an der Sache ist, dass Zara auch weiterhin den Lohn verweigert, wenn die betroffenen Kolleg:innen durch die Krankenkasse eindeutige Nachweise vorlegen, dass es sich nicht um anrechenbare Diagnosen handelt. Zara ignoriert diese Nachweise und zahlt weiterhin nicht«.

AUGEN AUF OOO UND DURCH
ak abonnieren
www.akweb.de/abo

Keine Einzelfälle

Als Arbeitgeberin erhält Zara eigentlich nur Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen ohne Diagnose – die steht nur auf den Benachrichtigungen für die Patient:innen und deren Krankenkassen. Das Unternehmen verlangt aber eine Offenlegung. Dazu, die offengelegten Diagnosen als verschiedene Erkrankungen zu akzeptieren, ist Zara zum Beispiel bei Christian Berhorst nicht bereit.

Er ist kein Einzelfall: »Mein Lohn wurde mir seit Februar gekürzt wegen meiner Krankheit, obwohl ich meine Krankmeldungen eingereicht habe«, erläutert Hatice Masoras-Sinani im Gespräch mit dem Autor. »Laut Auskunft meiner Krankenkasse falle ich nicht unter die Anspruchsberechtigten für Krankengeld, sondern habe Anspruch auf Lohnfortzahlung«, fährt sie fort. Masoras-Sinani arbeitet in der Filiale im Olympia-Einkaufszentrum München als Verkäuferin, ist Ersatzmitglied im Betriebsrat, seit November 2006 bei Zara angestellt und tritt aktiv für ihre Interessen ein. Sie erzählt: »Daraufhin habe ich meine Filialleitung gefragt, warum mir mein Lohn gekürzt wurde – die fragte in der Zentrale von Zara in Hamburg nach: keine Antwort; aber eine Woche später erhielt ich einen Brief – wegen Krankheit kein Geld«.

In allen vier dem Autor geschilderten Fällen kamen die Mitteilungen über die verweigerte Lohnfortzahlung im Krankheitsfall von der Personalabteilung aus der Deutschlandzentrale von Zara in Hamburg. Die Praxis wird verstärkt seit Anfang des Jahres angewandt. Bei Beatrix Schwentine, die ebenfalls in einem Münchner Store von Zara arbeitet und eigentlich anders heißt, begann es im Februar. Auch sie war innerhalb von 12 Monaten mehr als sechs Wochen krankgeschrieben: »Aber ich habe in den letzten 12 Monaten nicht die gleiche Erkrankung sechs Wochen lang gehabt. Zara hat bis jetzt die Krankenkasse nicht kontaktiert, um es zu überprüfen«. Bei Klara Treene, die auch anders heißt, wurde die Lohnfortzahlung im Januar gestoppt, auch sie arbeitet in einem Store von Zara in München.

Zara ist die bekannteste Produktions- und Verkaufskette des spanischen Inditex-Konzerns, der in Deutschland über 5.000 Mitarbeiter:innen hat, die 2023 über 60 Filialen am Laufen hielten. Im Geschäftsjahr 2022/23 erwirtschafteten die Beschäftigten des Inditex-Konzerns weltweit einen Nettoumsatz von 35,9 Milliarden Euro – der nach Umsätzen größte globale Fast-Fashion-Konzern. Zara Deutschland stellt sich selbst recht rosig dar: »Als Teil der Inditex-Gruppe hat Zara seinen Weg untrennbar mit der Förderung und Achtung der Menschenrechte verbunden«. Von einer »Menschenrechtsstrategie« ist auf der Website die Rede, und: »Wir setzen uns für die Achtung der Menschenrechte bei allen unseren Tätigkeiten ein«. Offensiv wird angeboten, in einem Store mitzuarbeiten – offensichtlich hat Zara zu wenig Angestellte und nutzt jeden Werbekanal.

Einige Kolleg:innen aus München hatten sich zusammen an die *Jungle World* gewandt, aber die verweigerte Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ist ein bundesweites Problem, erklärt Dominik Datz dem Autor. Probleme mit der Personalabteilung oder Filialleitungen bei Zara kennt er schon länger: »Es gibt seit Jahren Probleme unterschiedlichster Art mit den Managern. Ein größeres strategisches Vorgehen gegen Mitarbeitergruppen tätigte Zara 2018 im Umgang mit Müttern nach der Elternzeit. Auch das Thema der flexiblen Verfügbarkeit, welches Eltern besonders betrifft, ist ein wiederkehrendes Problem«. Jetzt werden Kolleg:innen sanktioniert, weil sie krank waren.

Man sieht sich vor dem Arbeitsgericht

Zara schweigt gegenüber ver.di zu den Gründen. Auch gegenüber dem Autor war Zara zu keiner Stellungnahme bereit. Aus Briefen der Abteilung Personalabrechnung der Zentrale von Zara Deutschland an betroffene Beschäftigte, die dem Autor vorliegen, spricht dagegen ein knallhartes Vorgehen: »Bezüglich Ihrer Erkrankungen gehen wir von einem einheitlichen Zusammenhang, jedenfalls von einer einheitlichen Ursache für diese Erkrankungen aus, so dass der Entgeltfortzahlungszeitraum (...) erschöpft ist«. Die/der Beschäftigte wird zur »Stellungnahme« aufgefordert, soll also nachweisen, dass es sich um verschiedene Erkrankungen mit unterschiedlichen Ursachen handelt: »Bis zum Erhalt Ihrer Stellungnahme machen wir ein Zurückhaltungsrecht an etwaigen Entgeltfortzahlungsansprüchen geltend. Bitte informieren Sie Ihre Krankenkasse und lassen dort einen möglichen Anspruch auf Krankengeld prüfen«.

Solche Begründungen gibt es zumindest teilweise erst im Nachhinein. Erstmal wird kein Lohn gezahlt. Christian Berhorst erhielt im Dezember eine Gehaltsabrechnung, auf der vermerkt war: »Barauszahlung«. Nachdem er an die Zentrale von Zara eine Abmahnung wegen ausbleibender Lohnzahlung geschickt hatte, weil er niemals eine Barauszahlung erhalten habe, reagierte die Teamleiterin des »Payroll Department« mit einer E-Mail, in der es hieß: »Aufgrund der fehlenden Bescheinigungen ist eine Überprüfung deiner Vorerkrankungen nicht möglich. Aus diesem Grund haben wir dir im Dezember kein Gehalt ausbezahlt«. In einer zweiten E-Mail aus der Abteilung »HR Legal Germany« von Zara Deutschland wird klargestellt, dass Auszahlungen von Gehalt ausschließlich per Banküberweisung stattfinden: »Der Begriff ›Barzahlung‹ (…) zeigt an, dass die Zahlung von Gehalt angehalten ist«.

Der Kollege wurde so erst mal im Ungewissen gelassen, was mit seiner Gehaltszahlung passiert. Bei einem Bruttoeinkommen unter 3.000 Euro für einen Vollzeitjob kann man schwerlich eine größere Geldreserve anlegen. Ein verweigertes Monatsgehalt kann massiven Druck erzeugen, verunsichern und jemanden in eine finanzielle Notlage bringen. »Ich weiß nicht, was die damit erreichen wollen – mich ruinieren, dass ich obdachlos werde?«, fragt Hatice Masoras-Sinani. »Ich bin eine alleinerziehende Mutter, habe ein Kind und bin deswegen bereits hochverschuldet.«

Aber die verweigerte Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wird nicht hingenommen: »Es wehren sich alle und klagen den Lohn ein. Eine andere Möglichkeit gibt es nicht, an sein Geld zu kommen«, so Gewerkschaftssekretär Datz – die für Gewerkschaftsmitglieder kostenfreie ver.di-Rechtsabteilung sei schon dran: »Es wird sehr viele Arbeitsgerichtsprozesse geben«.

Mit etwas Verzögerung fangen Personalabteilungen großer Konzerne an, die jüngeren Urteile das Bundesarbeitsgerichts (BAG) zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfall auszunutzen, um Beschäftigten ihr Geld zu verweigern. Das BAG hat deutlich gemacht, dass Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen in manchen Fällen angezweifelt werden können (siehe S. 7).

Die Kapitalseite möchte die Arbeitskosten drücken, die durch Krankschreibungen entstehen. Oliver Bäte, Vorstandsvorsitzender des Allianz-Konzerns, beklagte 2024 im *Handelsblatt* einen »chronisch erhöhten Krankenstand« und plädierte dafür, »dass unser Wohlstand auch etwas mit dem Willen zu tun hat, sich für den Erhalt dieses Wohlstands anzustrengen«. Anfang Januar forderte er die Einführung eines Karenztags, also eines Tages ohne Lohnfortzahlung bei allen Krankmeldungen. »Das Vorgehen von Zara kommt in einer Zeit, in der die Lohnfortzahlung nach aktuellem Modell immer wieder von verschiedenen Akteuren in Frage gestellt wird«, analysiert Gewerkschafter Datz. »Mit einer derartigen Dreistigkeit, einfach selber Fakten zu schaffen, darf Zara kein Vorbild für andere Unternehmen werden«.

** Gaston Kirsche ist gewerkschaftlich bei ver.di und in der außerparlamentarischen Linken aktiv und tätig als freier Journalist.*

»Dies nutzen einige Unternehmen dreist aus«

Gaston Kirsche im Gespräch mit Daniel Weidmann* über die Rechtsprechung zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfall

Gaston Kirsche: *Die spanische Modekette Zara verweigert in bestimmten Fällen, zumindest in Bayern, kranken Beschäftigten den Lohnfortzahlungsanspruch – und dies anscheinend systematisch. Kennst Du ein vergleichbares Vorgehen anderer Firmen?*

Daniel Weidmann: Hier im Großraum Berlin ist vor allem Tesla für diese Vorgehensweise berüchtigt. Laut einer Stellungnahme der IG Metall zweifelt Tesla regelmäßig rückwirkend Krankschreibungen von Beschäftigten an, fordert sie dazu auf, Diagnosen offenzulegen und verlangt, dass die Betroffenen ihre behandelnden Ärzt:innen von der Schweigepflicht entbinden. Zahlreiche Gewerkschaftsmitglieder bei Tesla müssen deswegen den gewerkschaftlichen Rechtsschutz in Anspruch nehmen.

G.K.: *Werden Beschäftigte so unter Druck gesetzt, auch krank zur Arbeit zu erscheinen?*

D.W.: Das kam auch vor der Rechtsprechungswende bereits vor. Wahrscheinlich haben die meisten Beschäftigten schon einmal so eine Situation erlebt, in der sie implizit oder

sogar explizit angehalten wurden, trotz Krankheit zur Arbeit zu erscheinen. Der bereits unter Helmut Kohl eingeführte § 4a Entgeltfortzahlungsgesetz, der es gestattet, den Beschäftigten eine Art Gesundheitsprämie zu zahlen, und diese dann für jeden Krankheitstag anteilig zu kürzen, hat es der Arbeitgeberseite bereits vor der Rechtsprechungswende gestattet, finanziellen Druck auf kranke Beschäftigte auszuüben. Wer von der Hand in den Mund lebt, ist auch auf die Gesundheitsprämie dringend angewiesen und überlegt es sich zweimal, ob er wegen einer Krankheit wirklich zu Hause bleiben kann.

G.K.: *Was meinst Du mit der Rechtsprechungswende im Arbeitsrecht?*

D.W.: Das Bundesarbeitsgericht (BAG) hat mit seinen Entscheidungen vom 8. September 2021 (5 AZR 149/21) und vom 13. Dezember 2023 (5 AZR 137/23) eine Tür aufgestoßen. Zwar waren Beschäftigte bei einer Geltendmachung von Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall auch zuvor bereits verpflichtet, den Beweis für ihre Arbeitsunfähigkeit zu erbringen. Eine ärztliche Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung wurde aber gemeinhin als kaum erschütterbarer Beweis für eine Arbeitsunfähigkeit angesehen.

In den beiden jüngsten Entscheidungen hat das BAG deutlich gemacht, dass die AU-Bescheinigung nach seiner Auffassung durchaus angezweifelt werden kann. In beiden Fällen waren Krankschreibungen unmittelbar nach dem Erhalt einer Kündigung passgenau bis zum Ende des Arbeitsverhältnisses vorgelegt worden. Solche äußeren Umstände können nach der jüngeren BAG-Rechtsprechung Zweifel an der AU-Bescheinigung wecken. Dies nutzen einige Unternehmen nun dreist aus und zweifeln AU-Bescheinigungen von missliebigen Beschäftigten einfach pauschal an, auch ohne spezifischen Anlass. Betroffene müssen dann die einbehaltene Vergütung einklagen, was mehr als ein Jahr dauern kann. Bis dahin müssen Sie sehen, wovon Sie ihre Miete weiterbezahlen. Das hat das BAG nicht beabsichtigt. Eine solche Entwicklung war aber absehbar.

G.K.: *Wie können sich Betroffene dagegen wehren?*

D.W.: In Zukunft sollte bei Krankschreibungen besondere Vorsicht an den Tag gelegt werden, damit bei einer Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung nichts zum Nachteil der Betroffenen ausgelegt werden kann. Zu vermeiden sind passgenaue Krankschreibungen bis zum letzten Tag der Kündigungsfrist am Ende eines Arbeitsverhältnisses. Auch Krankschreibungen für den Zeitraum eines beantragten und abgelehnten Urlaubs – das war schon vor den neuen Entscheidungen ein Anlass für eine Anzweiflung des Beweiswerts einer AU-Bescheinigung – oder angekündigte Krankschreibungen können zu großen Schwierigkeiten führen.

Echte Gegenwehr sollte idealerweise gemeinsam organisiert werden – am besten in der Gewerkschaft und mit Hilfe des Betriebsrats.

G.K.: *Was kann ich tun, wenn es an meiner Arbeitsstelle keinen Betriebsrat gibt?*

D.W.: Streng juristisch gesprochen hat ein Betriebsrat auf diese Materie nur wenig Einfluss. Natürlich kann er seine Rolle als Interessenvertretung der Beschäftigten auch anders als nur mit den Bordmitteln des Betriebsverfassungsgesetzes ausüben und den Arbeitgeber etwa auf einer Betriebsversammlung zur Rede stellen. Ohne Betriebsrat ist das schwieriger. Betriebsräte können aber fast überall gegründet werden.

G.K.: *Gab es schon Arbeitsgerichtsprozesse und Urteile wegen der Verweigerung der Lohnfortzahlung?*

D.W.: Ja, viele!

G.K.: *Hast du schon Arbeitnehmer:innen in so einem Prozess vertreten und wie ist es gelaufen?*

D.W.: Ich selbst nicht, ich bin ausschließlich im Kollektivarbeitsrecht tätig und vertrete vor allem Betriebsräte und manchmal Gewerkschaften. Meine Kanzleikolleg:innen machen das aber regelmäßig. Viele solche Verfahren enden mit Vergleichen, weil die Beschäftigten weder die Nerven noch die Ressourcen haben, um sie bis zum Ende durchzustehen.

** Daniel Weidmann ist Fachanwalt für Arbeitsrecht in der Berliner Kanzlei dka Rechtsanwälte Fachanwälte.*

Antipasti

Mehr Geld eingefahren

Die Einkommen der Beschäftigten bei den Berliner Verkehrsbetrieben rangieren im Vergleich mit anderen Kolleg:innen im ÖPNV am unteren Ende. Vor diesem Hintergrund gab es mit den 16.000 Kolleg:innen eine aktive, kämpferische Tarifrunde mit mehreren ganztägigen Warnstreiks, dem Scheitern der Verhandlungen am 21.03., den Vorbereitungen für eine Urabstimmung und schließlich einer Schlichtung.

Die Empfehlung der beiden Schlichter Matthias Platzeck und Bodo Ramelow war die Grundlage für den Tarifabschluss, dem in der Mitgliederbefragung etwa zwei Drittel der ver.di-Mitglieder zugestimmt haben.

Die Tarifeinigung enthält bei einer Laufzeit bis zum 31. Dezember 2026 folgende Bestandteile:

- eine Einmalzahlung von 1.500 Euro,
- Erhöhung des Grundgehalts um 380 Euro ab dem 1. Juni 2025 und um weitere 50 Euro ab dem 1. Januar 2026,
- Erhöhung der Fahrerzulage von derzeit 100 Euro auf 225 Euro ab dem 1. Juni 2025 und auf 255 Euro ab dem 1. Januar 2026,
- Erhöhung der Schichtzulage auf 130 Euro und der Wechselschichtzulage auf 225 Euro,
- Erhöhung des Weihnachtsgeldes in den Jahren 2025 und 2026 um jeweils 100 Euro.

Für Beschäftigte im Fahrdienst bedeutet das eine Erhöhung der monatlichen Entgelte um insgesamt 585 Euro über die gesamte Laufzeit. Für Beschäftigte ohne Zuschläge beläuft sich die Erhöhung auf 430 Euro.

Quelle: ver.di

Bildung macht arm

Eine auskömmliche Finanzierung ist die Grundlage für bessere Arbeitsbedingungen in der öffentlich geförderten Weiterbildung. Für diesen Bereich gibt es zwar einen Mindestlohn. Doch ver.di und die GEW versuchen, einen Branchentarifvertrag auf dem Niveau der Tarifverträge des öffentlichen Dienstes zu erreichen.

Der Auftakt der Tarifverhandlungen fand am 10. April in Hannover statt. Ver.di und die GEW fordern die Angleichung der Arbeits- und Lohnbedingungen an das Tarifniveau des öffentlichen Dienstes, was eine Lohnerhöhung von etwa 30 Prozent bedeuten würde.

Die Gewerkschaften fordern außerdem die Anerkennung von Berufserfahrung durch die Einführung von Erfahrungsstufen und weitere obligatorische Tarifleistungen wie eine betriebliche Altersvorsorge, Jahressonderzahlungen und die Aufstockung des Krankengeldes bei Langzeiterkrankung.

Quelle: ver.di-Tarifinfo 1/25

Bundesregierung plant Verfassungsbruch

Die neue Arbeitsministerin Bärbel Bas kündigt an, dass die sogenannte »Neue Grundsicherung« deutlich schärfere Sanktionen und eine verschärfte »Mitwirkungspflicht« enthalten solle. Wer sich weigert, eine zumutbare Beschäftigung aufzunehmen oder unzureichend mitwirkt, soll künftig »schneller, einfacher und unbürokratischer« sanktioniert werden – bis hin zum vollständigen Leistungsentzug. Diese Maximalstrafe soll Personen treffen, die wiederholt eine zumutbare Tätigkeit ablehnen.

Mit dieser Positionierung dreht die neue Regierung das Rad zurück – zurück zu Hartz IV, zurück zu Repression statt Förderung. Statt Perspektiven zu eröffnen, setzt man erneut auf Kontrolle, Druck und Strafe.

Während CDU-Politiker wie Linnemann und Merz lautstark von einem vollständigen Leis-tungsentzug fantasieren, gibt sich Arbeitsministerin Bas zurückhaltender und verweist auf die Einhaltung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts. Doch der Geist, der durch diese Debatte weht, ist eindeutig: Misstrauen gegenüber den Schwächsten der Gesellschaft.

Noch gibt es keine Gesetzentwürfe. Doch die von Merz und Linnemann geforderten Totalsanktionen sind nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 5. November 2019 (Az.: 1 BvL 7/16) eindeutig verfassungswidrig. Wer an diesen Grundsätzen rüttelt, plant nichts weniger als einen Verfassungsbruch.

Quelle: Harald Thomé Newsletter

Das allererste Mal

Die 11.500 Beschäftigten des Ford-Werks in Köln streikten vom Morgen des 14. Mai bis zum Ende der Nachtschicht am nächsten Tag. Sie kämpfen gegen den geplanten Abbau von fast 3.000 Stellen am Standort – das wäre rund jeder vierte Arbeitsplatz. In Köln produziert Ford ausschließlich Elektroautos, deren Absatz nicht den Erwartungen des Managements entspricht.

Es war das erste Mal in der fast hundertjährigen Geschichte des Kölner Ford-Werks, dass die IG Metall eine Urabstimmung über einen Streik abhielt. Über 90 Prozent der Mitglieder stimmten dafür. Berühmt ist das Werk für einen Arbeitskampf, den die IG Metall ablehnte: den wilden Streik 1973, der vor allem von türkischen Arbeitern getragen wurde.

Quelle: WDR

Dringliches

Soziale Arbeit gegen rechte Hegemonie – Herausforderungen, Analysen, Handlungsmöglichkeiten

Der »Rechtsruck« bedroht soziale und demokratische Errungenschaften, für die auch Soziale Arbeit einsteht. Die Parteien der sogenannten Mitte überbieten sich mit Plänen zur Abschottung von Menschen auf der Flucht. Die AfD fordert »Remigration«. Das Bürgergeld wird ebenso in Frage gestellt wie geschlechtergerechte Sprache, Genderforschung und -studiengänge. CDU/CSU, FDP und BSW sind bereit, Mehrheiten mit der AfD zu bilden. Autoritäre Positionen und rassistische Hetze gewinnen immer mehr Zuspruch. Zivilgesellschaftliche Organisationen werden von CDU/CSU mit einer aus 551 Fragen bestehenden »kleinen« Anfrage unter Druck gesetzt. Die Behauptung eines »politischen Neutralitätsgebotes« richtet sich auch gegen Einrichtungen Sozialer Arbeit und stellt ihre Finanzierung und Stellung in der Gesellschaft in Frage.
Am Fachbereichstag werden Herausforderungen, Analysen und Handlungsmöglichkeiten diskutiert. Was können Sozialarbeitende, Studierende, gesellschaftlich Engagierte und Hochschulangehörige tun?
Eine Anmeldung ist erforderlich auf der Website des Fachbereichs Soziale Arbeit der Hochschule Darmstadt: sozarb.h-da.de
Termin: *26. Mai 2025, Hochschule Darmstadt, Campus Schöfferstraße*

Bildgedächtnis der Arbeiter:innenbewegung

Seit 2011 baut labournet.tv ein Online-Archiv für Filme aus der Arbeiter:innenbewegung auf, produziert Streikvideos und Kinofilme, organisiert Veranstaltungen und beteiligt sich an praktischen Solidaritätsaktionen für kämpfende Belegschaften. Das Kollektiv bildet die Welt aus der Perspektive jener Leute ab, die den Laden am Laufen halten: den Arbeiter:innen. Es dokumentiert Kämpfe am Arbeitsplatz, weil sie zeigen, dass die Zukunft nicht in Stein gemeißelt ist.
Labournet.tv ist unabhängig von Parteien, Gewerkschaften und Stiftungen. Alle Angebote werden kostenlos und für jede:n zugänglich bereitgestellt. Deshalb braucht labournet.tv dringend neue Fördermitglieder, um seine Arbeit fortsetzen zu können.
Weitere Informationen: *labournet.tv*

NEU im mandelbaum *verlag*

Die Beiträge des Bandes bringen den unverzichtbaren Begriff der Arbeit zurück ins Zentrum kritischer Gesellschaftstheorie.

Philipp Lorig, Virginia Kimey Pflücke, Martin Seeliger (Hg.)
ARBEIT IN DER KRITISCHEN THEORIE
Zur Rekonstruktion eines Begriffs
588 Seiten | 37 Euro

mandelbaum.de | mandelbaum.at

An die neue Bundesregierung

Appell für eine verantwortungsvolle Migrationspolitik, unterzeichnet von 293 Organisationen und Verbänden

Seit die neue Bundesregierung im Amt ist, werden die deutschen Grenzen noch stärker kontrolliert. Innenminister Alexander Dobrindt (CSU) hat angewiesen, Menschen auf der Flucht an der Grenze zurückzuweisen. So wirklich überrascht das nicht – CDU/CSU und SPD haben im Wahlkampf und während ihrer Koalitionsverhandlungen unmissverständlich deutlich gemacht, dass sie das restriktive Migrationsregime noch weiter verschärfen werden. Dagegen richtet sich ein gemeinsamer Appell von 293 Organisationen, den der DGB, Pro Asyl und der Paritätische Gesamtverband gemeinsam initiiert haben. Wir dokumentieren ihn in Gänze.

Mit ihrem Koalitionsvertrag stellen Union und SPD die Verantwortung für Deutschland ins Zentrum ihres Handelns. Zum Amtsantritt der Regierung machen 293 Organisationen und Verbände deutlich: Diese Verantwortung muss für alle Menschen in Deutschland gelten.

Der Wahlkampf war geprägt von einer aufgeheizten Stimmung, die sich vor allem gegen Geflüchtete und Zugewanderte richtete. Das hat sich auch im Koalitionsvertrag niedergeschlagen. Doch die Ausgrenzung einzelner Gruppen schafft ein Klima der Angst für alle und untergräbt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Am Ende nützt das nur den Feinden einer freiheitlichen Demokratie. Damit muss endlich Schluss sein.

Zugewanderte und hierher geflüchtete Menschen sind integraler Teil unserer Gesellschaft – sie gehören zu Deutschland. Sie bereichern uns in allen Bereichen, ob in Familie und Freundeskreis, der Nachbarschaft, den Schulen, den Sportvereinen oder den Betrieben. Viele von ihnen leisten jeden Tag unverzichtbare Arbeit – im Einzelhandel, im Krankenhaus, in der Industrie, in der Gastronomie, an Flughäfen, im öffentlichen Nahverkehr oder ehrenamtlich in Vereinen und gemeinnützigen Organisationen. Für uns ist klar: Unsere Gesellschaft gewinnt ihre Stärke aus Offenheit, Vielfalt und der Überzeugung, dass allen Menschen gleiche Rechte zukommen.

Nicht Geflüchtete und Zugewanderte spalten unsere Gesellschaft, sondern eine Politik, die sich den strukturellen und sozialen Problemen unseres Landes zu lange nicht konsequent angenommen hat. Die mittlerweile in der Gesellschaft verbreiteten Gefühle von Verunsicherung und Überforderung beim Thema Flucht und Migration werden somit noch verstärkt, anstatt ihnen mit guten Konzepten für eine funktionierende Asyl-, Aufnahme-, und Integrationspolitik zu begegnen. Für die hohe Belastung von Kommunen und einzelnen Berufsgruppen im Zusammenhang mit Migration werden allein Geflüchtete verantwortlich gemacht, anstatt die tatsächlichen sozialen, politischen und finanziellen Ursachen dieser Belastung anzugehen. So darf es nicht weitergehen. Was es jetzt braucht, ist eine Migrationspolitik, die verantwortlich handelt, statt unsere offene und vielfältige Gesellschaft zu gefährden.

Eine solche verantwortungsvolle Migrationspolitik …

- … schützt die Rechte der Einzelnen und somit aller – das gilt insbesondere auch für das Recht auf Asyl. Das Bekenntnis zum Recht auf Asyl im Koalitionsvertrag ist essentiell, reicht aber allein nicht aus. Es muss auch gelebt werden. Zurückweisungen an den Grenzen, Abschiebungen in Krisenländer und eine Beweislastumkehr im Asylverfahren zulasten Geflüchteter sind damit nicht vereinbar.
- … nimmt Sorgen und Ängste ernst, ohne sie zu befeuern. Eine demokratische Gesellschaft lebt von der streitbaren Diskussion und verschließt nicht die Augen vor Herausforderungen. Doch dabei darf die kommende Bundesregierung nicht den humanitären und menschenrechtlichen Kompass verlieren, der Grundlage unseres Zusammenlebens ist.
- … fördert die Integration aller Menschen. Die nächste Bundesregierung sollte Familien Sicherheit bieten, statt mit der Aussetzung des Familiennachzugs Integration zu verhindern. Auch braucht es weiterhin Chancen für diejenigen, die schon lange bei uns sind, weshalb das Erfolgsmodell des Chancen-Aufenthaltsrechts entfristet werden sollte. Für ein freiheitliches Zusammenleben müssen zudem Wege zu sicheren und gleichen Bürgerrechten durch Einbürgerung eröffnet werden, die keine Gruppen ausschließen. Integration darf dabei nicht allein von der Arbeitsmarktintegration abhängig gemacht werden, sondern es muss allen möglich sein, gleichberechtigte Mitglieder unserer Gesellschaft zu werden.
- ... investiert in Strukturen für erfolgreiche Integration und Aufnahme. Die im Koalitionsvertrag benannten Investitionen in die Integrationsstrukturen sind von entscheidender Bedeutung und dürfen nicht unter Finanzierungsvorbehalt gestellt werden. Dies gilt insbesondere für die vielfältigen zivilgesellschaftlichen Beratungs- und Betreuungsstrukturen sowie Integrations- und weitere Sprachkurse. Integration gelingt vor Ort in den Kommunen – diese müssen daher für ihre Aufgaben effektiv, umfassend und nachhaltig finanziell ausgestattet werden.
- … nutzt alle vorhandenen Potentiale. Angesichts des Fachkräftemangels sollte die Bundesregierung konsequent alle vorhandenen Potentiale von hier ankommenden und lebenden Menschen nutzen und Hürden für Qualifikation und Arbeitsaufnahme abbauen. Hier sind bereits wichtige Schritte im Koalitionsvertrag vereinbart, doch braucht es darüber hinaus einen echten Spurwechsel und den konsequenten Abbau der Arbeitsverbote für alle Geflüchteten. Auch Gruppen wie Alleinerziehende oder Geflüchtete mit Behinderungen müssen beim Zugang zum Arbeitsmarkt unterstützt werden.
- … schaut über den nationalen Tellerrand. Den weltweit zu beobachtenden autoritären Entwicklungen sollte die neue Bundesregierung mit der Verteidigung einer offenen, liberalen Gesellschaft begegnen, statt die Verantwortung für den Flüchtlingsschutz durch die Streichung des sogenannten »Verbindungselements« auf Drittstaaten abzuwälzen oder sich durch fragwürdige Abkommen mit Drittstaaten in politische Abhängigkeiten zu begeben. Sie sollte sich für eine solidarische Verantwortungsteilung im internationalen Flüchtlingsschutz einsetzen und sichere Zugangswege in Form von Resettlement und Aufnahmeprogrammen eröffnen, statt sie zu beenden.

Die unterzeichnenden Verbände leisten täglich ihren Beitrag für eine Gesellschaft, die ihre Stärke aus Offenheit, Vielfalt und der Zusammenarbeit von Menschen verschiedenster Herkunft, Hintergründe und Fähigkeiten gewinnt. Wer die Demokratie verteidigen will, muss auch die Zivilgesellschaft und insbesondere migrantische Selbstorganisationen achten und stärken.

Daher appellieren wir an die Bundesregierung: Übernehmen Sie Verantwortung für eine offene Gesellschaft! Eine Gesellschaft, in der Einwanderung unterschiedlichster Art als Chance begriffen wird; in der Zugewanderte und Geflüchtete als gleichwertig anerkannt werden; in der Offenheit und Vielfalt als unsere Stärken begriffen werden.

** Quelle: https://www.dgb.de/fileadmin/download_center/Positionen_und_Thesen/Appell_an_neue_Bundesregierung_f%C3%BCr_eine_verantwortungsvolle_Migrationspolitik.pdf*

Unendliche Arbeitszeiten

Torsten Bewernitz* über einen Sammelband zum nicht-existierenden Genre »Labour Fiction«

Treffen sich ein Anarchist und ein Gewerkschafter… – würde ein Witz so beginnen, würde man vermutlich irgendeinen Insider in Sachen Anarchosyndikalismus vermuten. Oder den Klassiker: Sie gründen eine Zeitung. Es könnte aber eben auch sein, dass sie ihre gemeinsame Liebe zu Science Fiction feststellen und diesbezüglich eine produktive Zusammenarbeit entwickeln.

So in diesem Fall, namentlich zum einen mit Peter Seyferth, Politikwissenschaftler am Gesellschaftswissenschaftlichen Institut München, ganz früher mal APPD-Mitglied (Anarchistische Pogo-Partei Deutschlands, also nichts mit Anarchosyndikalismus), akademisch zum Anarchismus publizierend und promoviert mit einer Arbeit über das Gesamtwerk der Science Fiction-Autorin Ursula K. Le Guin. Und zum anderen mit Falko Blumenthal, Gewerkschaftssekretär bei der IG Metall München mit Schwerpunkt auf der Organisierung (und BR-Gründungen) im Bereich IT und Hochtechnologie – also auch irgendwie etwas, das mit Science und vielleicht Fiction zu tun hat. Und – darauf weist Dietmar Dath in seiner Rezension des so entstandenen Buches hin: Gleichzeitig ist dies ein Clash von Theorie und Praxis. Allein das ist schon genug Stoff für Science Fiction…

Aus diesem Zusammentreffen entstand eine mehrfach stattfindende jährliche Tagung der IG Metall München, passenderweise in der Münchener Sternenwarte. Das nun vorliegende Buch »Science Fiction und Labour Fiction« ist das *grand finale* dieser Veranstaltungen. Garniert sind die wissenschaftlichen Beiträge mit Kommentaren von Kolleg:innen aus der Arbeitswelt und aus den Gewerkschaften zum Thema Science Fiction.

Der Kampf um die Zukunft

Das Thema ist aktueller, als man denken mag. Mal abgesehen davon, dass die Darstellung von »Arbeit« in Zukunftsvorstellungen immer irgendwie aktuell sein muss: Die Paypal-Mafia um Peter Thiel, Elon Musk und Konsorten bezieht ihre Inspiration ganz explizit aus Science Fiction, namentlich aus Cyberpunk-Romanen. Auch neuere Science Fiction-Autoren (das Gendern kann man hier getrost lassen) orientieren sich an dieser neuen ideologischen (Achtung, Verharmlosung!) Schrulle. Bluesky-Gründerin und CEO Jay Graber dagegen bezieht sich in einer Gegenbewegung explizit auf die bereits erwähnte Le Guin und Margret Atwood (»Report der Magd«). Kurz, in den Worten der Herausgeber: Science Fiction ist ein umkämpftes Feld (S. 10), ein Feld des Klassenkampfs sogar.

»Wir müssen in der Science Fiction heimisch werden« konstatieren die Herausgeber einleitend (S. 9). Soll heißen: Die Entwicklungen des Hier und Jetzt entwickeln sich in eine Zukunft, mit der wir uns beschäftigen müssen, folglich sei es »strategisch notwendig, sich mit Science Fiction zu beschäftigen« (ebd.).

Das machen einem die Autor:innen des vorliegenden Bandes aber manchmal gar nicht so einfach. Es handelt sich – wie sollte es anders sein – auf die eine oder andere Art um Nerds im Sinne von Spezialist:innen für ein sehr eingegrenztes Feld, einen einzelnen Roman, einen einzelnen Film oder eine einzelne Serie. Neben den Betrachtungen der Arbeitsverhältnisse in Star Trek (Christian Kremser, S. 219-235) und der Marvel-Superhelden (Nicki Weber, S. 283-308) sind einige allgemeiner gehaltene Beiträge auch ohne dieses Expert:innenwissen zugänglicher als die Spezialbetrachtungen: Markus May und Jan Oliver Schwarz stellen das Projekt »FOREXSCIFI (Foresight auf der Basis von Science Fiction entwickeln)« vor (S. 49-60), Oliver Pfirrmann exerziert Zukunftsanalysen am Beispiel »Arbeit« durch (S. 63-82) und Christian Ganzer fokussiert seine Analyse auf das Science Fiction-Kinoprogramm des Jahres 1995 (S. 86-102). Auch Aaron Bruckmiller und Annette Schlemm packen das Thema eher von der allgemein-theoretischen Seite an, einmal unter dem Aspekt der Hegemonie (Bruckmiller, S. 105-123) und einmal unter dem Aspekt Utopie/Utopismus (Schlemm, S. 199-216).

Was wir heute über morgen denken

Science Fiction lässt sich recht simpel einteilen in die Art von Erzählungen, in denen zukünftig soziale Ungleichheit aufgehoben ist und Arbeit folglich anders verteilt oder organisiert wird (oder aber schlicht nicht vorkommt), und in die Art, in der sich soziale Ungleichheit und damit auch die Arbeitsbedingungen wesentlich verschlimmern. Letzteres geschieht zumeist, aber nicht ausschließlich, im Sinne einer Warnung vor dem aktuellen Verhalten von Mensch und Gesellschaft. In der Regel benennen wir die erste Form als eutopisch und die zweite als dystopisch – anders als landläufig angenommen, sind beides Spielarten von Utopien, also Nicht-Orten. Als die Gesellschaft verpflichtende Zukunftsszenarien gedacht haben sie durchaus einen autoritären Charakter, wie Le Guin mal betont hat (und wie wir es bereits in der Marx'schen Kritik des Frühsozialismus finden). Science Fiction hat allerdings, auch wenn sie unsere Gegenwart manchmal überraschend stark beeinflusst, den Vorteil, dass sie zumeist nicht als Handlungsanweisung gemeint ist.

In den besten Fällen reflektiert Science Fiction diese Problematik: Kremser weist in seinem Star Trek-Beitrag vor allem anhand der aktuellen Serien (in denen erstmals namentlich Farbe bekannt wird, indem die Vereinte Planetenföderation mehrmals als sozialistisch deklariert wird) auf die »bildungsbürgerliche Schlagseite« dieser wohl berühmtesten Science Fiction-Serie hin (S. 232). Also darauf, dass in der lohnarbeitsfreien, aber keineswegs arbeitsfreien Gesellschaft dieser konkreten Utopie ein gewisser Zwang zur Selbstperfektionierung vorherrscht, die aber – und das ist auch im Star Trek-Universum relativ neu – von den Macher:innen der Serie einer zunehmenden (Selbst-)Kritik unterzogen wird.

Es wird kaum Leser:innen geben, die mit all diesen Beiträgen etwas anfangen können. Die Herausgeber machen daraus einen Vorteil: »Das ist ja das Schöne an Sammelbänden: Man muss sie nicht komplett durchlesen, sondern kann sich rauspicken, was man gerade braucht. Sofern man weiß, was man sucht.« So steht es in einer Fußnote (S. 10). Ob man allerdings bereit ist, dafür fast 50 Euro hinzulegen, ist eine andere Frage. Wer das nicht möchte: Auf der Homepage des Verlags gibt es das Buch im Open Access, also umsonst, runterzuladen.

Falko Blumenthal, Peter Seyferth: Science Fiction und Labour Fiction. Zukunftsvorstellungen von Arbeit und Arbeitskämpfen, Trancript 2025, 318 Seiten, ISBN: 978-3-8376-7067-7, 49 Euro oder online als Open Access.

** Torsten Bewernitz hat gerade das Star Trek-Buch »What would Picard do? Star Trek als Social Fiction« (Unrast-Verlag, Münster 2025) veröffentlicht, ansonsten aber gar keine Ahnung von Science Fiction. Das Buch ist ab sofort als Prämie für ein* express*-Abonnement erhältlich.*

druckfisch zur Leipziger Buchmesse
www.unrast-verlag.de

Torsten Bewernitz
What would Picard do?
Star Trek als Social Fiction

mit Gastbeiträgen von Ursula K. Le Guin, Yanis Varoufakis und Jens Kastner, illustriert mit Zeichnungen von Findus

144 Seiten | 14 € | ISBN 978-3-89771-638-4

Wie Star Trek hilft, die Welt zu verstehen und sie zu verändern

Der amerikanische Bürgerrechtler Martin Luther King jr., die Science-Fiction-Autorin Ursula K. Le Guin, der ehemalige griechische Finanzminister Yanis Varoufakis und der Rock- und Folkmusiker Tom Morello (Rage Against the Machine) – sie alle haben eins gemeinsam: Sie sind Trekkies.
Gene Roddenberrys in den Weltraum verlegte Western-Serie mit allen ihren Nachfolgerinnen formulierte nicht nur eine Utopie – eine Seltenheit im Science Fiction! – sondern war eine ganz reale Intervention in die Medienwelten der 1960er- und dann der 1980er-Jahre. Sie hat vier Generationen politisch inspiriert.
Torsten Bewernitz benennt im vorliegenden Band verschiedene Aspekte, die auch heute noch diskussionswürdig sind.
Illustrationen von Findus ergänzen diese.

Dringliches

Hilfe braucht Hilfe

Wer in Frankfurt kostenlose sozialrechtliche Beratung braucht, erhält diese unter anderem beim Frankfurter Arbeitslosenzentrum (FALZ). Das besteht seit 1982. Von Erwerbslosen als Selbsthilfe- und Begegnungszentrum gegründet, wurde es im Laufe der Jahre zur professionellen Beratungsstelle, die all jenen hilft, die anderswo weggeschickt und drangsaliert werden. Es berät bei Erwerbslosigkeit und Problemen mit staatlichen Transferleistungen oder Schulden.
Aktuell ist das FALZ von der Schließung bedroht. Die Kosten für den laufenden Betrieb und die Beratung lassen sich durch die Zuschüsse der Stadt Frankfurt und des Landes Hessen nicht mehr decken. Das FALZ bittet um Hilfe, damit es weiter eine parteiische Anlaufstelle für Erwerbslose und Hilfesuchende gibt.
Für Spenden und mehr Informationen: falz.org

Zwei-Klassen-Medizin I

Die Beschäftigten des Charité Facility Management (CFM), einer Tochter der Charité, streiken seit dem 22. April unbefristet, mit kurzer Unterbrechung über Ostern. Bei CFM arbeiten rund 3.500 Menschen in der Medizintechnik, im Krankentransport, der Reinigung, der Küche und vielen Bereichen mehr. Seit fünf Jahren haben die Kolleg:innen des CFM keine Lohnerhöhung erhalten. Sie fordern, nach dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes bezahlt zu werden, der für alle gilt, die direkt bei der Charité angestellt sind. Oder in ihren eigenen Worten: ein »Ende der Zwei-Klassen-Belegschaft an der Charité«.
Damit die Streikenden ihren Arbeitskampf durchhalten, ist ein Streikfond aufgelegt worden: https://www.gofundme.com/f/streikunterstutzung-fur-die-beschaftigten-der-cfm

Hoch die nationale Solidarität

US-Gewerkschaften unterstützen Trumps Zollpolitik – von Lucas Rudolph*

Seit dem 3. April dieses Jahres sind Autos in den USA deutlich teurer geworden. Die Trump-Regierung hat die Zölle für Autos und Autoteile, die nicht in den USA produziert werden, um 25 Prozent erhöht. Als US-Präsident Donald Trump die Maßnahme am 26. März ankündigte, war in deutschen Medien schon vom Beginn eines »Handelskriegs« zwischen den USA und der EU zu lesen.

So weit muss man vielleicht nicht gehen. Aber: Die höheren Zölle sind Ausdruck der weiteren Abkehr vom uneingeschränkten Freihandel. Seit Mitte März werden bereits Zölle von 25 Prozent auf Stahl- und Aluminiumimporte fällig. Die hatte Trump schon während seiner ersten Amtszeit erlassen; die Biden-Regierung hatte sie zwischenzeitlich ausgesetzt.

Zölle auf Autos gab es zwar schon länger in den USA: Für Kleinwagen aus der EU wurden bisher aber gerade mal 2,5 Prozent fällig. Beim Import von Nutzfahrzeugen und Pickups aus der EU schlug der amerikanische Staat schon vor April dieses Jahres 25 Prozent des Preises obendrauf. Und wer aus Kanada oder Mexiko Fahrzeuge importierte, muss seit 2020 ebenfalls 27,5 Prozent Einfuhrzoll blechen. All diese Zölle wurden nun um zusätzliche 25 Prozent erhöht. Ein in Mexiko zusammengeschraubtes Auto kostet also in den USA das Eineinhalbfache seines ursprünglichen Preises.

Die Zölle auf Metalle und Autos sind beides zugleich: Geo- und Industriepolitik. Sie treffen besonders die EU. Sie reihen sich ein in die Zölle, die die USA in den letzten Monaten auf Importe aus Kanada und Mexiko verhängt hat. Besonders die beiden US-Nachbarn versucht Trump, mit den Zöllen politisch zu erpressen.[1] Auf die meisten chinesischen Güter werden sogar 145 Prozent Importzoll fällig.[2]

Industriepolitisch ist die Idee hinter den höheren Zöllen auf Autos und Autoteile: Wenn der Import teurer wird, dann kommt die Produktion in die USA. Das Weiße Haus wies bei der Ankündigung im März darauf hin, dass rund ein Drittel der Arbeitsplätze in der US-Zulieferindustrie seit 2000 verlorengegangen seien, insgesamt 286.000 Jobs.[3]

Unerwarteter Zuspruch

Für ihre protektionistische Zollpolitik erhielt die Trump-Regierung Unterstützung von unerwarteter Seite. Am selben Tag, an dem sie die Zollerhöhung ankündigte, sprangen ihr die United Auto Workers (UAW) bei, die größte nordamerikanische Gewerkschaft im Automobilbereich. Im Wahlkampf hatte sie sich noch auf die Seite der demokratischen Präsidentschaftskandidatin Kamala Harris gestellt. Die UAW bezeichneten die Entscheidung als »Sieg für Automobilarbeiter«.[4]
Sie sprachen von einer »längst überfälligen Wende« in der US-Wirtschaftspolitik. Die Zölle, meinten sie, »signalisieren eine Rückkehr zu einer Politik, die die Arbeiter:innen in den Mittelpunkt stellt, die dieses Land aufbauen – statt der Gier rücksichtsloser Konzerne«. Man darf sich wundern: Ist Trump Sozialdemokrat?

Die UAW begründeten ihre Haltung so: Die Zölle könnten tausende gutbezahlte Industriearbeitsplätze in die USA zurückbringen, die in den letzten Jahrzehnten ins Ausland verlagert wurden. Ein Gutteil der in den USA verkauften Autos werden in Mexiko hergestellt, wo die Arbeiter:innen mit Niedriglöhnen abgespeist werden. Die Automobilkonzerne erzielen damit Rekordprofite, so die UAW. Durch die ständige Drohung der Unternehmen, Arbeitsplätze ins Ausland zu verlagern, würden Arbeiter:innen im In- und Ausland gegeneinander ausgespielt. Trump habe darauf die richtige Antwort gefunden: durch hohe Zölle die Konzerne zwingen, wieder in den USA zu produzieren.

Niemals allein

Die UAW sind nicht die einzige US-Gewerkschaft, die Trumps Zollpolitik unterstützt.

Ähnlich wie sie äußerte sich die International Brotherhood of Teamsters (IBT, Teamsters), die rund 1,4 Millionen Mitglieder, vor allem in der Logistik, organisiert. In einem Interview erklärte Kara Deniz, die stellvertretende Pressesprecherin der Gewerkschaft, dass sich die Teamsters über Trumps Entscheidung freuen. Sie argumentierte ähnlich wie die UAW. Die Zölle würden Industriejobs in die USA zurückbringen: »Es gibt Konzerne, die jedes Jahr Milliarden Dollar einnehmen, die den Arbeitern hier keinen Lohn zum Leben zahlen wollen. Darum gehen sie in ein günstigeres Land und beuten die Leute dort aus. Es ist ein Unterbietungswettlauf und der muss aufhören. Zölle sind eine Methode, das zu tun.«[5]

Dass die Teamsters Trumps Entscheidung begrüßten, kam wenig überraschend. Bei der letzten Präsidentschaftswahl unterstützte die Gewerkschaft erstmals seit Jahrzehnten nicht die demokratische Kandidatin. Sie enthielt sich einer Wahlempfehlung, nachdem eine Umfrage unter den Mitgliedern ergeben hatte, dass fast 60 Prozent Trump bevorzugten, nur rund ein Drittel Harris.[6] Man könnte daraus den Schluss ziehen: Die Begeisterung für Trumps Zollpolitik erwächst aus Verzweiflung darüber, dass es scheinbar keine progressive Alternative gibt – keine Idee für eine Wirtschaftspolitik, die das Leben ein bisschen leichter macht.

Das könnte auch die Einerseits-Andererseits-Haltung des größten Dachverbands US-amerikanischer Gewerkschaften erklären, der AFL-CIO (American Federation of Labor and Congress of Industrial Organizations). Dessen Präsidentin Liz Schuler meinte: »Der strategische Einsatz von Zöllen kann ein effektives Werkzeug sein, um unsere Industrien zu unterstützen und Arbeitsplätze bei uns zu schützen.« Einschränkend fügte sie aber hinzu, dass es neben Zöllen auch Investitionen in die Industrie brauche und politische Unterstützung für die Rechte von Arbeiter:innen und Gewerkschaften – beides vermisse sie bei der Trump-Regierung.[7]

Blickt man auf die US-Gewerkschaften im Ganzen, sind die Unterstützer von Trumps Politik in der Minderzahl. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes liefern sich einen harten Kampf mit der Regierung (siehe Kasten). Es gibt auch Industriegewerkschaften, die sich klar gegen die Erhöhung der Zölle aussprachen, darunter die Metallgewerkschaft United Steelworkers (USW) und die International Longshore and Warehouse Union (ILWU), die Gewerkschaft der Hafenarbeiter:innen.

Wessen Interessen?

Dass einzelne Gewerkschaften die neuen Zölle begrüßen, erklärt sich zum Teil aus einem Pragmatismus gegenüber der »großen Politik«. Shawn Fain, der Präsident der UAW, brachte das auf den Punkt. Im Präsidentschaftswahlkampf hatte er noch öffentlich Harris unterstützt. Seine Zustimmung zu Trumps Zollpolitik rechtfertigte er dann im März mit den Worten: »Die UAW haben klargemacht: Wir werden mit jedem Politiker zusammenarbeiten, egal von welcher Partei«, solange er gewillt ist, Politik für die Arbeiter:innen zu machen.[8]

»Politik für die Arbeiter:innen« misst sich für die UAW wie für die meisten Gewerkschaften – auch in Deutschland – in erster Linie daran, ob Arbeitsplätze in ihrem Organisationsbereich aus- oder abgebaut werden. Ein wichtiger Grund für die Haltung der UAW und der Teamsters ist deshalb: Trump hat eine langjährige Forderung der US-Gewerkschaften durchgesetzt. Seit Jahrzehnten kritisieren sie die Freihandelspolitik, die es Unternehmen erleichtert, ihre Produktion ins Ausland zu verlagern.

Insbesondere das nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA wurde schon vor seinem Inkrafttreten 1994 von den US-Gewerkschaften bekämpft. Seitdem hat es nach

ihrer Auffassung zur Deindustrialisierung der USA beigetragen. Vor allem im *rust belt*, dem industriellen Herz der USA, gingen hunderttausende Industriearbeitsplätze verloren. Dass die Verlagerung nach Mexiko nur ein Grund dafür ist, dass der Strukturwandel der US-Ökonomie und die Rationalisierung der Produktion gleichfalls eine Rolle spielen, lassen die UAW unter den Tisch fallen. Aus ihrer Sicht erfüllte Trump mit seiner aggressiven Zollpolitik nur das, was sich die US-Gewerkschaften seit Jahrzehnten wünschen. Auch Biden und Harris sprachen sich in den letzten Jahren immer wieder gegen den Freihandel und für Zölle aus, allerdings in deutlich sanfterer Form.[9]

Solidarität bis zur Staatsgrenze

Die US-amerikanischen Arbeiter:innen haben über Jahrzehnte an Lebensstandard verloren. Daher ihre von Trump demagogisch befeuerte Sehnsucht nach einer vergangenen Zeit, in der alles noch ein bisschen besser war, an manchen Orten zumindest. Psychologisch ergibt das Sinn. Ob die von Trump betriebene Wirtschaftspolitik auf Dauer der US-Ökonomie hilft, bleibt abzuwarten. Hinzu kommt: Sie geht Hand in Hand mit einer aggressiven Politik gegen Migrant:innen und Angriffen auf Sozialleistungen und Gewerkschaftsrechte.

Die Haltung der UAW ist bei aller verbalen Solidarität mit den Beschäftigten in Mexiko letztlich Standortnationalismus. Wie beides zusammengeht, lässt sich nachlesen in ihrer Erklärung zu Trumps Ankündigung, die Zölle

US-Bundesbeschäftigte: Massenentlassungen und Angriffe auf Gewerkschaftsrechte

Seit dem Antritt der Trump-Regierung sind mehr als 260.000 Bundesbeschäftigte gekündigt oder in die Frührente geschickt worden. Zehntausende davon haben Aufhebungsverträge angenommen, die vorsehen, dass ihr Gehalt noch einige Monate weitergezahlt wird.

Um die Angriffe Trumps auf die Rechte der Beschäftigten und der Gewerkschaften abzuwehren, haben Bundesbeschäftigte das Federal Unionists Network (FUN) gegründet, das einen Bottom-up-Ansatz verfolgt. Es setzt auf den Aufbau von Kampfkraft am Arbeitsplatz durch Organizing.

FUN und viele US-Gewerkschaften beteiligten sich am 5. April am bundesweiten Protesttag unter dem Motto »Hands off!«, der sich unter anderem gegen die Massenentlassungen richtete. Zu den Aktionen und Demonstrationen in allen 50 Bundesstaaten kamen mehrere Millionen Menschen.

Ende März hatte Präsident Trump eine *executive order* (Verordnung des Präsidenten) unterzeichnet, die Gewerkschaften das Recht entzieht, Tarifverträge für Bundesbeschäftigte zu verhandeln, die im weitesten Sinne sicherheitsrelevante Jobs haben, darunter die Beschäftigten des Finanzministeriums, des Verteidigungsministeriums, des Justizministeriums, des Heimatschutzministeriums, aber auch der Behörde für Veteranenangelegenheiten. Damit würden Tarifverhandlungen für einen Großteil der Bundesbediensteten faktisch unmöglich.

Die National Treasury Employees Union (NTEU) verklagt deshalb die Trump-Regierung, die insgesamt mehr als eine Million Bundesbedienstete ihrer Gewerkschaftsrechte berauben will. Unterstützt wird sie von mehreren Gewerkschaften, darunter der American Federation of Government Employees (AFGE), der American Federation of State, County, and Municipal Employees (AFSCME) und der Service Employees International Union (SEIU). Ende April wurde die *executive order* vorläufig durch ein Bundesgericht ausgesetzt. Eine endgültige Entscheidung steht aus.

Schon immer gelten in den USA strenge Beschränkungen für Bundesbedienstete. Sie haben beispielsweise kein Streikrecht. Die Gewerkschaften der Bundesbediensteten sind darüber hinaus verpflichtet, jeden am Arbeitsplatz zu vertreten, ob Mitglied oder nicht. Im Gegenzug können sie ihre gewerkschaftlichen Aufgaben in ihrer Arbeitszeit erfüllen.

Quellen: Labor Notes, Reuters

auf Autos und Autoteile zu erhöhen: »Jedes Mal, wenn ein Automobilarbeiter es wagt, um einen gerechten Lohn zu bitten, um eine anständige Rente, um Krankenversicherung oder Freizeit, drohen die Automobilunternehmen mit dem Verlust des Arbeitsplatzes, indem sie ein kaputtes Handelssystem ausnutzen, das darauf ausgerichtet ist, Arbeiter auf beiden Seiten der Grenze einzuschüchtern und zu bedrohen. Die UAW hat die Trump-Regierung ermutigt, klare, aggressive Maßnahmen zu ergreifen, um gute, gewerkschaftlich organisierte Arbeitsplätze in der Autoindustrie zurückzubringen.«[10] Dass sich Trump nicht um »gewerkschaftlich organisierte« Arbeitsplätze schert, zeigte schon seine Unterstützung für gewerkschaftsfeindliche Gesetzgebung in seiner ersten Amtszeit.[11]

Die UAW fordern ganz offen, den US-amerikanischen Standort zu stärken auf Kosten ihrer Kolleg:innen auf der anderen Seite der Grenze. Wenig begeistert dürften davon auch die Beschäftigten der europäischen Autoindustrie sein, die genauso um ihre Arbeitsplätze bangen.

Die Unterstützung von Trumps Zollpolitik ist ein gewerkschaftlich angepinseltes »America first«. Dass es keine Nischenmeinung ist, dass es vielmehr wichtige Fürsprecher hat bei den Industriegewerkschaften der USA, erinnert daran: Gewerkschaften sind derzeit nationale Organisationen. Sie hören, wenn der Standort ruft. Das ist in der Bundesrepublik nicht anders als in den USA. Die internationale Solidarität wird viel beschworen, ständig vor sich hergetragen und im Konfliktfall schnell links liegen gelassen.

* *Lucas Rudolph ist Redakteur des* express.

Anmerkungen:

1 *Tomasz Konicz: Zoll um Zoll in die Krise. Jungle World. 27. Februar 2025.*
2 *Stand Anfang Mai 2025. In den aktuell laufenden Verhandlungen zwischen den USA und China wurde diese Regelung vorübergehend außer Kraft gesetzt, für die Verhandlungsphase wurden die Zölle auf chinesische Einfuhren auf 30 Prozent gesenkt.*
3 *The White House: Fact sheet. President Donald J. Trump adjusts imports of automobiles and automobile parts into the United States. 26. März 2025.*
4 *Dieses und folgende Zitate: United Auto Workers: In a victory for autoworkers, auto tariffs mark the beginning of the end of NAFTA and the »free trade« disaster. 26. März 2025.*
5 *Andrew Stanton: Key labor union backs Donald Trump's tariffs. »Something needed to be done«. Newsweek. 8./9. April 2025.*
6 *Michael Williams, Kayla Tausche, Kevin Liptak: Teamsters won't endorse in presidential race after releasing internal polling showing most members support Trump. CNN. 18. September 2024.*
7 *AFL-CIO: Press release. AFL-CIO president on tariff announcement. 2. April 2025.*
8 *United Auto Workers: In a victory for autoworkers…*
9 *Dan Kaufman: How NAFTA broke american politics. New York Times. 6./9. September 2024.*
10 *United Auto Workers: In a victory for autoworkers…*
11 *Siehe den Überblick der AFL-CIO: Donald Trump's catastrophic and devastating anti-labor track record. 27. September 2003.*

Unbeeindruckt von Zolldrohungen

Mexikanische GM-Beschäftigte erringen zweistellige Lohnerhöhung – von Natascha Elena Uhlmann*

Die mexikanischen General-Motors-Beschäftigten im Werk in Silao, Guanajuato, haben Rekordlohnerhöhungen durchgesetzt, nachdem sie der Panikmache des Unternehmens über drohende Zölle trotzten.

»Sie sagten: Na ja, wir bieten 6 Prozent«, berichtete Norma Leticia Cabrera Vasquez über das Angebot der Geschäftsführung bei den Verhandlungen. »Wir wussten, dass sie damit kommen würden, aber wir sagten: ›Wir haben noch Wochen zu verhandeln, also lassen wir uns davon nicht einschüchtern‹«, so Cabrera Vasquez, die 15 Jahre lang im Werk gearbeitet hat und jetzt Leiterin der Frauenabteilung der Gewerkschaft ist.

Trotz der Bemühungen des Unternehmens, Unsicherheit zu schüren, haben sich die Beschäftigten der Automobilindustrie behauptet und Lohnerhöhungen von durchschnittlich zehn Prozent durchgesetzt. Die Beschäftigten in den Entgeltstufen, die 60 Prozent der Belegschaft ausmachen, erhalten eine Lohnerhöhung von 10,25 Prozent; die anderen 40 Prozent erhalten eine Erhöhung von 9,25 Prozent. Außerdem wurde die unterste Stufe in der Belegschaft gestrichen, so dass der Einstiegslohn in der Fabrik um 33,95 Prozent auf etwa drei Dollar pro Stunde ansteigt. Es ist das zweite Mal, dass die Gewerkschaft zweistellige Lohnerhöhungen durchsetzen konnte, womit die Beschäftigten von GM Silao an die Spitze der mexikanischen Automobilindustrie

vorstoßen: Die bestbezahlten Arbeiter des Werks verdienen etwa 7 Dollar pro Stunde. (...)

Die neue Lohnskala hebt zwei Drittel der Beschäftigten über die mexikanische Armutsgrenze für Familien und deutlich über den mexikanischen Mindestlohn von etwa 1,71 Dollar pro Stunde. Der Mindestlohn selbst wurde seit 2018 unter der mexikanischen Linkspartei Morena jedes Jahr um 12 bis 22 Prozent angehoben. Eine vorgeschlagene landesweite Umstellung auf eine 40-Stunden-Woche ohne Lohnkürzung (die mexikanische Arbeitswoche ist derzeit auf 48 Stunden begrenzt) wäre ebenfalls ein bedeutender Fortschritt.

Die Gewerkschaft Sinttia (Sindicato independiente nacional de trabajadores trabajadoras de la industria automotriz, eine unabhängige Gewerkschaft der Autoarbeiter:innen; *Anm. KH*) ist aus den Bemühungen der Beschäftigten hervorgegangen, ihre vorherige, korrupte »Charro«-Gewerkschaft (wörtlich: Cowboy-Gewerkschaft, übertragen: korrupte, unternehmerfreundliche, gelbe Gewerkschaft; *Anm. KH*) loszuwerden, eine Mitgliedsorganisation des mexikanischen Gewerkschaftsbundes CTM (Confederación de Trabajadores de México, als Transmissionsriemen der Partei der institutionellen Revolution PRI in den 1930ern gegründete, korporatistische und staatsnahe Gewerkschaft; *Anm. KH*). Die CTM ist dafür berüchtigt, arbeitgeberfreundliche »Schutzverträge« zu schließen, mit denen niedrige Löhne festgeschrieben und die Arbeiter daran gehindert werden, eine rechtmäßige Gewerkschaft zu gründen.

Verlagerungsdrohungen

Die Gewerkschaftsführung erklärte, sie lasse sich von der Unsicherheit über die Zölle nicht zu einer versöhnlichen Haltung verleiten. »Es würde Jahre dauern, die Produktion zu verlagern«, so Alejandra Morales Reynoso, Generalsekretärin von Sinttia. »Sie bräuchten eine Anlage wie GM Silao, einen Komplex, der aus sechs oder sieben Werken besteht, was Kosten von mehreren Millionen Dollar bedeuten würde.«

Reynoso und der Verhandlungsausschuss ließen sich nicht von »Was-wäre-wenn«-Annahmen leiten: »Sie haben immer mit einer Verlagerung gedroht, wie damals während der Weltwirtschaftskrise«, sagte sie, »aber es war profitabler, GM Silao in Betrieb zu lassen.«

GM hat angedeutet, dass das Unternehmen als Reaktion auf Trumps Zölle einen Teil der Produktion in die Vereinigten Staaten verlagern könnte, doch angesichts der Unbeständigkeit von Trumps Handelspolitik ist wenig sicher. Das Unternehmen könnte sich auch einfach dafür entscheiden, den Bestimmungsort der Fahrzeuge zu ändern, das heißt in Mexiko hergestellte Pickups auf Märkten außerhalb der USA zu vertreiben, erklärte Odracir Barquera, Generaldirektor des mexikanischen Verbands der Automobilindustrie, gegenüber *Mexico Business News*.

»Die Produktionskosten der verschiedenen Modelle variieren«, sagte Sinttia-Berater Willebaldo Gómez Zuppa, »aber bei SUVs und LKWs sind die Arbeitskosten in Mexiko im Verhältnis zu den Gesamtkosten der Fahrzeugproduktion sehr niedrig, sodass 25 Prozent nichts an dieser Gleichung ändern würden – sie würden lediglich die Gewinnspannen der Unternehmen verringern.«

Harte Fakten statt Spekulation

»Ich habe eine Menge interessanter Dinge über Verhandlungsstrategien gelernt«, erzählt Alberto, ein Wartungsarbeiter. Während die Zölle bei den Verhandlungen für fast jeden im Vordergrund standen, »war es für uns am wichtigsten, mit harten Fakten auf dem Boden der Realität zu bleiben«, sagte er.

Alberto, der darum gebeten hat, dass wir nur seinen Vornamen verwenden, kümmert sich um die Fehlerbehebung bei den Robotern und andere technische Probleme, um Ausfälle am Fließband zu verhindern. Manchmal treten mehrere kritische Fehler auf einmal auf – die Kollegen scherzen, dass »der Teufel los ist« –, was für Alberto und sein Team eine Triage bedeutet, bei der viel auf dem Spiel steht. »Wir müssen abwägen, was am kritischsten ist, und von dort aus weitermachen«, erklärt er. Alberto fühlte sich schon in jungen Jahren zum Ingenieurwesen hingezogen. Sein Vater arbeitete als Mechaniker, und er erinnert sich gerne daran, wie er Motoren zusammenbaute und zerlegte, um zu verstehen, wie sie funktionierten.

Diese wissenschaftliche Haltung hat er auch bei den laufenden Gehaltsverhandlungen angewandt: »Es gibt einen ganzen Prozess der Informationsbeschaffung: über die Inflation, die Produktivität des Werks und die erzielten Gewinne, die Armutsgrenze und die Berechnung des Familienlohns«, erklärt er. Wenn man sich auf diese Zahlen stütze, verringere sich der Druck, sich mit Abstrichen zufrieden zu geben.

Die Zahlen, auf die die Gewerkschaft ihre Berechnungen stützte, waren konkret, während das Gerede über Zölle auf »reiner Spekulation« beruhte, so Alberto. »Das wäre so, als würde ich Ihnen sagen: ›Ich kann hier nicht bauen, weil morgen ein Meteoritensturm kommen könnte, der mein Gebäude zum Einsturz bringt‹. Ja, das könnte passieren, aber es könnte auch nicht passieren«, sagte er. »Wir sind mit einer soliden, gut durchdachten Strategie und mit harten Fakten an die Sache herangegangen und konnten so Druck auf das Unternehmen ausüben.«

Weckruf für die CTM

Der Sieg von Sinttia hebt die Standards in der gesamten mexikanischen Automobilindustrie an und zwingt die CTM, mehr für die von ihr vertretenen Beschäftigten zu fordern, um ihren Einfluss zu behalten. Wenige Tage nach der Ankündigung von Sinttia erhielten die von einer CTM-Gewerkschaft vertretenen Beschäftigten eines GM-Werks in Ramos Arizpe, Coahuila, eine Lohnerhöhung von 10,8 Prozent. Gomez Zuppa interpretiert dies als Versuch, einer Organisierung durch Sinttia zuvorzukommen.

Er berichtet, dass die Gehaltserhöhungen im Werk Ramos Arizpe bis dahin – mit maximal 5,5 Prozent – wesentlich niedriger ausgefallen seien. Zu der Erhöhung um 10,8 Prozent sagt er: »Das ist eine gewerkschaftsfeindliche Praxis und eine direkte Konfrontation mit Sinttia, um zu verhindern, dass sie ihren Einfluss im Automobilsektor ausweitet.«

Die Beschäftigten des Werks Ramos Arizpe wurden Ende März über den Abschluss informiert, obwohl der Vertrag in diesem Werk bereits am 1. Februar ausgelaufen war, was bedeutet, dass die CTM offenbar den Abschluss der Sinttia abgewartet hat, um sich den Ergebnissen anzuschließen.

Eine neue Gewerkschaftskultur

Sinttia führt weiterhin zahlreiche Organisierungskampagnen durch. Dazu gehört auch der Kampf bei Tritech Autoparts, ebenfalls in Silao. Auch hier versucht die Gewerkschaft, die CTM zu verdrängen, die nach Ansicht von Sinttia die Beschäftigten dazu drängt, der Betriebsgewerkschaft beizutreten – andernfalls werden sie entlassen. (...)

Auch bei GM Silao geht die Organisierungsarbeit weiter: Die Beschäftigten haben bereits die Tarifverhandlungen für das nächste Jahr im Visier. »Es gibt eine Menge Dinge, die die Leute gerne verbessert sähen«, sagte Vasquez, darunter das Entgelt und mehr bezahlte Feiertage wie den Muttertag, »also sammeln wir alle Vorschläge, die die Arbeiter haben.«

Vasquez arbeitete sechs Jahre lang am Fließband, bevor sie in die Qualitätskontrolle wechselte. Dort überprüfte sie in Zwölf-Stun-

Leserliches

Internationale Solidarität

Beschäftigte von Gillette begannen 1989, sich europaweit zu vernetzen. Sie reagierten darauf, dass das Unternehmen die Standorte in vier europäischen Ländern mehr und mehr gegeneinander auszuspielen versuchte.
Von der transnationalen Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit berichtet die Broschüre »Solidarität statt Konkurrenz«. Sie zeigt am historischen Beispiel der Gillette-Vernetzung, was internationale Solidarität praktisch bedeuten kann.
Jutta Schneider, Hermann Nehls, Stefan Loibl: Solidarität statt Konkurrenz. Gillette: 30 Jahre gewerkschaftliche Zusammenarbeit in Europa, Die Buchmacherei 2025, ISBN: 978-3-9826199-6-5, 82 Seiten, 12 Euro.

Argumentationshilfe Arbeitszeit

Das Arbeitszeitgesetz soll aufgeweicht werden. Die neue Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD plant, die tägliche Höchstarbeitszeit von acht Stunden, die bereits Ausnahmen kennt, zu erstetzen durch eine wöchentliche Höchstarbeitszeit von 48 Stunden. Dagegen protestieren – nicht nur – die Gewerkschaften. Allerdings finden sich auch in Tarifverträgen, neben Regelungen zur Umwandlung von Geld in freie Tage, Möglichkeiten zur Verlängerung der (wöchentlichen) Arbeitszeit (siehe S. 4). Dabei wäre angesichts von Arbeitsbelastung und Stellenabbau statt einer Verlängerung eine Verkürzung der Arbeitszeit erforderlich.
Es ist abzusehen, dass der Streit um die Arbeitszeit noch weiter an Fahrt aufnehmen wird. Um für die Debatte gewappnet zu sein, ist eine solide Argumentationsbasis hilfreich. Die Hans-Böckler-Stiftung hat einen Forschungsüberblick zur Arbeitszeitfrage zusammengestellt.
In diesem erfährt man unter anderem: »Arbeitswissenschaftlich gesichert ist: Lange Arbeitstage wirken sich negativ auf die Gesundheit aus, nach der achten Stunde steigt das Risiko für Arbeitsunfälle steil an. Und die wenigsten Vollzeitbeschäftigten wünschen sich einen späteren Feierabend – das ergab eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung von 2023.«
Der informative Forschungsüberblick zur Arbeitszeit behandelt im Einzelnen die Aspekte: Deregulierung von Arbeitszeiten, Vier-Tage-Woche, Überstunden sowie Arbeitszeiterfassung.
Er ist auf der Website der Hans-Böckler-Stiftung einsehbar: https://www.boeckler.de/de/auf-einen-blick-17945-arbeitszeit-19844.htm.

Sehenswertes

Zwei-Klassen-Medizin II

Film | deutsch | 8 min | 2025 | labournet.tv

Bevor der unbefristete Streik der CFM-Belegschaft begann, streikten am 6. März die Beschäftigten der CFM gemeinsam mit denen der öffentlichen Krankenhäuser Charité und Vivantes. Labournet.tv hat die gemeinsame Streikdemo filmisch dokumentiert.

Vorlesungen für die Couch

Im April fand an der Universität Hamburg der Fachtag »Arbeitsrechtsverletzungen in Deutschland« statt. Es wurden empirische Forschungsprojekte vorgestellt und Handlungsperspektiven diskutiert. Die Aufzeichnungen mehrerer Vorträge stehen nun zum Nachhören auf dem »Lecture2go«-Portal der Universität Hamburg zur Verfügung: https://lecture2go.uni-hamburg.de/l2go/-/get/v/71190
Auf dem Portal findet sich auch eine Videoserie zum Fachtag »Rassismus in der Arbeitswelt« vom November 2024. Deren fünfter Teil über rassistische Spaltung in der österreichischen Paketlogistik ist kürzlich erschienen: https://lecture2go.uni-hamburg.de/l2go/-/get/v/71186

den-Schichten die Qualität der Lacke und suchte nach Mängeln bei der Aushärtung und Haftung der Farbe. Die Arbeit erfordert eine enorme Präzision: Manche Fehler, wie ein verirrtes Haar oder eine Faser, sind für ein geschultes Auge sichtbar, aber andere können nur mit einem Mikroskop entdeckt werden.

Vasquez hat aus erster Hand erfahren, wie eine kämpferische Gewerkschaft die Arbeitsbedingungen verändern kann: Früher, sagte sie, fühlten sich die Arbeiter:innen nicht wohl dabei, Probleme am Arbeitsplatz anzusprechen. »Wir hatten nicht die Unterstützung der [früheren] Gewerkschaft. Jetzt sehen die Arbeiter, dass Sinttia sie unterstützt, und sie melden sich zu Wort«, sagte sie.

Früher, unter der CTM-Tochtergewerkschaft, »war der Satz, den sie gerne sagten, wenn man um Unterstützung bat: ›Warum beschwerst du dich? Seid dankbar, dass ihr Arbeit habt‹«, berichtet Alberto. »Man sah [die Gewerkschaftsführung] mit dem neuesten Auto des Jahres, das waren Dinge, die einen fragen ließen: ›Wo gehen unsere Gewerkschaftsbeiträge hin?‹« Jeder, der zu viele Fragen stellte, wurde innerhalb von zwei bis drei Monaten entlassen, sagte er.

Einige Arbeiter:innen sind immer noch misstrauisch, nachdem sie jahrelang die Korruption der Gewerkschaften miterlebt haben. »Sie haben die Mentalität: ›Na ja, jeder stiehlt, aber hoffentlich stehlt Ihr weniger‹«, so Alberto. Aber durch Transparenz und das Einhalten von Versprechen werde eine neue Gewerkschaftskultur aufgebaut, fährt er fort. Er berichtet, dass die Gewerkschaft jedes Jahr eine transparente Buchführung über ihre Ausgaben vorlegt.

In Vorbereitung auf die anstehende Lohnerhöhung hat Alberto eine Runde durch den Komplex gedreht, um mit den Beschäftigten zu sprechen, darunter auch mit einigen, die noch der früheren Gewerkschaft angehören. Viele, so sagt er, haben darum gebeten, zu Sinttia zu wechseln, nachdem sie mehr erfahren haben. »Es geht darum, ein Gefühl der Zugehörigkeit zu schaffen«, sagt er, »sich von einer Gewerkschaft vertreten zu fühlen, die einen unterstützt.«

** Natascha Elena Uhlmann ist Redakteurin der Labor Notes.*

Der Artikel erschien zuerst am 17. April 2025 online bei Labor Notes. Übersetzung: Kirsten Huckenbeck unter Nutzung von DeepL.

Gegen Traumata und Union Busting

Der Kampf der TikTok-Moderator:innen – von Kıvanç Eliaçık*

TikTok, der Social-Media-Gigant, der Milliarden von Menschen zum Scrollen bringt, ist auf eine große, weitgehend unsichtbare Belegschaft angewiesen. Hinter der Unterhaltung stehen Beschäftigte – Moderator:innen, Ingenieur:innen, ausgelagerte Kolleg:innen –, die mit langen Arbeitszeiten, psychischer Belastung, geringem Lohn und fehlenden Rechten konfrontiert sind. Gegen ihre Ausbeutung wehren sich TikTok-Beschäftigte von der Türkei bis Kolumbien.

TikTok lagert einen großen Teil der Moderation seiner Inhalte an Firmen wie Telus International aus. In İzmir beschäftigt Telus rund 1.000 Moderator:innen, die verstörendes TikTok-Material herausfiltern – etwa Videos, die Kindesmissbrauch, Selbstmorde, Terrorpropaganda oder Tierquälerei zeigen bzw. gutheißen. Die meisten Beschäftigten verdienen kaum mehr als den nationalen Mindestlohn.

»Die Arbeit hinterlässt Spuren«, sagt ein Moderator aus İzmir. »Du siehst Gewalt, Missbrauch, Tod – und dann gehst du nach Hause und tust so, als wäre es ein normaler Tag.« Ein Beschäftigter, der an den laufenden Protesten gegen TikTok und Telus in İzmir beteiligt ist, sagt: »Zuerst denkt man, dass man nur am Schreibtisch sitzt. Aber die Bilder, die du jeden Tag siehst – verstümmelte Körper, Ausbeutung, Hass – verändern deine Sicht auf die Welt. Man hört auf zu reagieren. Man schläft nicht mehr.«

Mehrere Moderator:innen sagen, sie hätten Antidepressiva genommen, um damit irgendwie fertig zu werden. Andere berichten von Kolleg:innen, die in Ohnmacht fielen, Zusammenbrüche erlitten oder, tragischerweise, sich das Leben nahmen. Die Unterstützung ist minimal. »Wir dürfen einen Psychologen aufsuchen, aber nur in den Pausen«, erklärt ein Beschäftigter. »Wenn man zu viele ›Wohlfühlminuten‹ in Anspruch nimmt, wird man als nicht leistungsfähig eingestuft.

Rechtliche Grauzone

Anfang 2024 begannen Telus-Beschäftigte in İzmir, sich der unabhängigen Gewerkschaft Çağrı-İş anzuschließen, die Callcenter-Angestellte vertritt. Im Sommer überschritten sie die Schwelle zur Anerkennung als Gewerkschaft. Doch anstatt sich auf Verhandlungen einzulassen, stellte Telus die Gewerkschaft in Frage.

Mindestens 15 Beschäftigte wurden entlassen, viele unter Anwendung des umstrittenen türkischen »Code 25«, der den Beschäftigten Abfindungen oder Arbeitslosengeld verweigert. (...) Telus behauptet, alle Entlassungen seien auf Fehlverhalten oder Umstrukturierungen zurückzuführen. Die Gewerkschaft meint dagegen, es handle sich um Vergeltungsmaßnahmen. (…)

In Kolumbien berichten die Moderator:innen von Teleperformance – einem ähnlichen Outsourcing-Unternehmen – über nahezu identische *union busting*-Taktiken: Einschüchterung, Überwachung und Entlassungen. In beiden Ländern wurden Gewerkschafter:innen von privaten Sicherheitsdiensten verfolgt und sogar bei der Polizei angezeigt.

Gefahren am Arbeitsplatz

Expert:innen für digitale Arbeit sagen, dass die Moderation von Inhalten heute einer der geistig gefährlichsten Berufe ist. Sie vergleichen ihn mit dem Kohlebergbau: So wie Bergleute Kohlenstaub einatmen, nehmen Moderator:innen psychische Traumata auf.

TikTok und Telus behaupten beide, Beratung, Unschärfefilter und algorithmische Unterstützung anzubieten. Aber die Moderator:innen sagen, dass die Werkzeuge ihre Grenzen haben und oft dazu dienen, den Anschein von Fürsorge zu erwecken; die »Leistungskennzahlen« wie Geschwindigkeit, Genauigkeit und tägliche Quoten bleiben starr und erbarmungslos. »Wir können Wellness-Pausen einlegen, aber wenn wir das tun, können wir unsere Genauigkeitsziele nicht erreichen«, so ein Moderator. »Und wenn wir 94 Prozent nicht erreichen, verlieren wir Boni – oder Schlimmeres.« (...)

Wachsender Druck

Glücklicherweise sind die TikTok-Beschäftigten nicht allein. UNI Global Union (die weltweite Dienstleistungsgewerkschaft; *Anm. LR*) und die United Steelworkers (eine der größten Industriegewerkschaften Nordamerikas; *Anm. LR*) haben sich hinter Kampagnen zur Unterstützung der Telus-Moderator:innen in der Türkei und anderswo gestellt. In Kanada haben Gewerkschaftsgruppen gefordert, dass Telus die Rechte der Beschäftigten nicht bloß im Inland, sondern auch im Ausland anerkennt. (...)

Die türkischen Gewerkschaften DİSK/Sosyal-İş und Çağrı-İş machen weiter mit dem Organisieren, Protestieren und Klagen gegen ungerechtfertigte Entlassungen. »Das ist kein Heldentum«, sagt ein Moderator und Gewerkschaftsaktivist in İzmir. »Das ist Bürgersinn.« Ein gewerkschaftlicher Sieg, fügt er hinzu, »wird nicht persönlich sein – er wird der gesamten Arbeiterklasse gehören.«

** Kıvanç Eliaçık ist Direktor der Abteilung für internationale Beziehungen des türkischen Gewerkschaftsbunds DİSK.*

Der Artikel erschien zuerst am 9. April 2025 online bei Labor Notes. Übersetzung: Lucas Rudolph unter Nutzung von DeepL.

Europa-Express, Folge 10

Sind die Tragödien schon vergessen?

EU-Deregulierungskommissar Valdis Dombrovskis schützt Konzerne vor der EU-Lieferkettenrichtlinie – von Roland Erne*

Am 26. Februar 2025 veröffentlichte die Europäische Kommmission ihren Vorschlag für die sogenannte »Omnibus«-Verordnung. Sie sieht vor, dass die Pflichten für Unternehmen stark eingeschränkt werden, die sich unter anderem aus der EU-Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung und der EU-Lieferkettenrichtlinie ergeben. In unserer letzten Ausgabe erklärte Susanne Uhl, welche Verschlechterungen die geplante »Omnibus«-Verordnung mit sich bringen würde, und rief zur Rettung der EU-Lieferkettenrichtlinie auf. Roland Erne erinnert daran, warum sie notwendig ist und warum sie nun geschliffen werden soll.

Am 24. April 2013 stürzte das Fabrikgebäude »Rana Plaza« in Bangladesch ein. Mehr als 1.100 Textilarbeiter:innen, die dort für globale Konzerne arbeiteten, wurden getötet, mehr als 2.000 verletzt. Sieben Monate später kam es auch in Europa zu einer Tragödie: Am 21. November stürzte das »Maxima«-Einkaufszentrum im Stadtteil Zolitūde in Riga (Lettland) ein, das erst 2011 eröffnet worden war (Woolfson und Juska 2014). Dabei starben 54 Verkäufer:innen, Kund:innen und Rettungskräfte. 41 weitere wurden verletzt.

Beide Katastrophen brachten jene Übel ans Licht, die diese Tragödien erst möglich gemacht hatten: die Missachtung sozialer Sorgfaltspflichten durch Konzerne und Zulieferer sowie die Deregulierung gesetzlicher Schutzmaßnahmen. Nach der globalen Finanzkrise 2008 war weltweit ein Angriff auf soziale Standards angesagt, um das Geschäftsklima zu verbessern, öffentliche Ausgaben einzusparen, den Verwaltungsaufwand für Unternehmen zu verringern und Investitionen anzukurbeln.

Die Tragödien lösten aber auch transnationale Gegenbewegungen aus. Sie trugen dazu bei, dass das EU-Parlament und der Ministerrat im Juli 2024 eine neue EU-Lieferkettenrichtlinie verabschiedeten, die Konzerne dazu verpflichtet, grundlegende Arbeits- und Umweltstandards entlang ihrer gesamten Wertschöpfungsketten weltweit einzuhalten (Erne et al. 2025).

Deregulierungskommissar

Nach der Zolitūde-Tragödie musste der damalige lettische Ministerpräsident Valdis Dombrovskis zurücktreten. Zwei Jahre später kam der Untersuchungsausschuss des lettischen Parlaments zu dem Ergebnis, dass auch Dombrovskis «politische und moralische Verantwortung» für die Zolitūde-Tragödie trägt. Laut dem parlamentarischen Untersuchungsbericht zur Tragödie (Latvijas Vēstnesis, 2015) hatte Dombrovskis' Regierung willentlich die Aufsicht über den Bausektor aufgehoben und das staatliche Bauaufsichtsamt abgeschafft, womit der Weg zur tödlichen Katastrophe geebnet wurde. Für die Karriere des ehemaligen Ministerpräsidenten war das kaum hinderlich. In der Zwischenzeit war er bereits zum EU-Kommissar befördert worden.

Um ihre Wiederwahl zur EU-Kommissionspräsidentin 2024 zu sichern, versprach Ursula von der Leyen grünen und sozialdemokratischen EU-Abgeordneten, die EU-Lieferkettenrichtlinie umzusetzen. Doch nach ihrem Amtsantritt im November 2024 machte sie ihren Parteikollegen von der Europäischen Volkspartei (EVP) Dombrovskis nicht nur zum Chef der mächtigen Generaldirektion für »Wirtschaft und Finanzen«, die für die EU-Kommission die Einhaltung der EU-Regeln über die wirtschaftspolitische Steuerung überwacht (Erne et al. 2024). Sie machte den ehemaligen lettischen Ministerpräsidenten, dessen Deregulierungspolitik laut dem erwähnten Untersuchungsbericht für die tödliche Zolitūde-Tragödie verantwortlich ist, ausgerechnet auch zum EU-Kommissar für »Umsetzung und Vereinfachung«, um den »Verwaltungs- und Meldeaufwand für Unternehmen« zu verringern.

Als Dombrovskis Ende Februar 2025 das neue »Omnibus«-Gesetzespaket vorstellte, wurde klar, dass das für die EU-Lieferkettenrichtlinie nichts Gutes bedeutet: Konzerne sollen nur noch die Praktiken ihrer direkten Lieferanten überwachen müssen, nicht mehr die ihrer erweiterten Lieferketten. Die Überprüfungen müssen nur noch alle fünf Jahre statt jährlich stattfinden. Außerdem sollen Konzerne nicht mehr für Arbeits-, Umwelt- und Menschenrechtsverstöße ihrer Lieferanten haftbar gemacht werden können. Und schließlich sollen Konzerne, die ihre Sorgfaltspflichten missachten, nicht mehr mit abschreckenden Bußen europaweit sanktioniert werden können, sondern nur noch auf nationaler Ebene.

Was macht die SPD?

Noch ist nicht sicher, ob die Vorschläge der EU-Kommission umgesetzt werden. Zuvor müssen sie noch vom EU-Parlament und einer qualifizierten Mehrheit von Mitgliedstaaten genehmigt werden. Dazu braucht es im EU-Ministerrat die Zustimmung von Regierungen, die mindesten 65 Prozent der EU-Bevölkerung vertreten. Deshalb sind Dombrovskis und von der Leyen auf die aktive Unterstützung von Regierungen mit sozialdemokratischer Beteiligung angewiesen, wenn sie die gewünschte Verwässerung des EU-Lieferkettengesetzes durchsetzen möchten.

Da Deutschland allein 18,49 Prozent der Stimmen im EU-Ministerrat vertritt, hängt die Zukunft des EU-Lieferkettengesetzes besonders vom Verhalten der SPD in der Bundesregierung ab. Die SPD hätte es in der Hand, dafür zu sorgen, dass sich die Bundesregierung im Ministerrat enthält, was dort einer Ablehnung gleichkommt. Hielte sich die SPD an ihre Wahlversprechen vor der letzten Bundestagswahl, käme kaum eine qualifizierte Mehrheit zur Verwässerung der EU-Lieferkettenrichtlinie zustande. Dass die SPD standhaft bleibt, ist alles andere als sicher – auch angesichts des starken Deregulierungsdrucks aus den Kanzleien vieler Konzerne, die soziale und ökologische Menschenrechte und Berichtspflichten als bürokratische Hindernisse diskreditieren. Deshalb hängt die Zukunft des EU-Lieferkettengesetzes von der Gegenmobilisierung sozialer Bewegungen und Gewerkschaften in Deutschland ab (Uhl 2025).

** Roland Erne war Chemielaborant und Gewerkschaftssekretär in Lausanne und Zürich. Seit 2003 ist er Hochschullehrer für Europäische Arbeitsbeziehungen am University College Dublin.*

Literatur:

Erne, R., Anner, M., Ford, M., Kay, T., Maccarrone, V. (2025): Regional integration. A promising tool to advance the international decent work agenda? In: Moore/Scherrer/van der Linden (Hg.): The Elgar Companion to Decent Work and the Sustainable Development Goals. Elgar, doi.org/10.4337/9781035300907.00041.

Erne, R., Stan, S., Golden, D., Szabó, I., Maccarrone, V. (2024): Politicising Commodification. European Governance and Labour Politics from the Financial Crisis to the Covid Emergency. Cambridge University Press, doi.org/10.1017/9781009053433.

Latvijas Vēstnesis (2015): Final report of the Parliamentary Committee for Investigating the Actions Taken by the State of Latvia in Assessing the Causes of the Tragedy in Zolitūde on 21 November 2013, www.vestnesis.lv/op/2015/220.1.

Woolfson, C., Juska, A. (2014): Postscript. In: Sommers/Woolfson (Hg.): The Contradictions of Austerity. Routledge, doi.org/10.4324/9781315812977.

Uhl, S. (2025): Gekippt noch vor Inkrafttreten? In: express, *Nr. 4/2025.*

ab 29,50€ im Jahr!
Für aktuelle Nachrichten zu Politik, Bewegungen und Kultur aus Lateinamerika:
Jetzt ein LN-Abo bestellen!
als PDF, zur Probe oder im Print
lateinamerika-nachrichten.de

graswurzel revolution
GWR 499 – Mai 2025
Foto: Ed Hedemann / NYC War Resisters League
Gegen den Trumpismus
Einzelexemplar: 4,50 €
Probeexemplar oder Abo:
www.graswurzel.net

Verlag Westfälisches Dampfboot
Widersprüche
Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich
Widersprüche 175
50 Jahre Absage des 5. Deutschen Jugendhilfetages
Neue Zwänge – alte Potenziale?
2025 – 136 Seiten – 18,00 €
ISBN 978-3-98634-0015-5
Neu für Bibliotheken: ab sofort als Ebook-Campuslizenz im Jahresabo
je 4 Ausgaben von ca. 520 Seiten
ISSN 0721-8834
Jahresabonnement: 290,00 €
Bestellung nur über den Verlag
www.dampfboot-verlag.de

»Was glauben Sie denn, wer Sie sind?«

Nadja Rakowitz* zur autoritären Durchsetzung des KHVVG

Im folgenden Beitrag diskutiert Nadja Rakowitz weniger den Inhalt des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes (KHVVG), als die Art und Weise, wie es politisch durchgesetzt wurde. Sie sieht darin Momente einer Verselbständigung der Exekutive und befürchtet, dass sich solche Verfahrensweisen unter der aktuellen Bundesregierung verstärken werden.

Spätestens mit der Einführung des Preissystems der DRG im Jahr 2004, dem sogenannten Fallpauschalensystem,[1] wurden die deutschen Krankenhäuser kapitalistisch umgebaut. Dies und insbesondere der dazugehörende Konkurrenzkampf unter den Kliniken haben zu dramatischen Verschlechterungen der Versorgungs- und Arbeitsbedingungen geführt. Seit 2015 rührt sich massiver Protest der Beschäftigten dagegen. Der zweiwöchige Streik an der Berliner Charité im Sommer 2015 für eine verbindliche gute Personalquote (Tarifvertrag Entlastung) machte den Anfang und verbreitete sich über viele Krankenhäuser in ganz Deutschland. Ein Höhepunkt war der elfwöchige Streik von sechs Universitätskliniken in NRW im Jahr 2022; aber auch der Streik an der Uniklinik Jena (als erster dieser Art in den neuen Bundesländern) und der an der privatisierten Uniklinik Gießen/Marburg waren etwas Besonderes.

Da die Streiks nicht für eine Lohnerhöhung geführt wurden, sondern für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen – und damit der Versorgungsbedingungen für die Patient:innen –, bargen sie von Anfang an politisches Diskussionspotential, das über die unmittelbaren Fragen schnell hinausging. All diese Streiks waren auch Demonstrationen gegen die Ökonomisierung des Gesundheitswesens. Dies schlug sich in den Arbeits- und Organisationsformen während des Streiks nieder. Die Kolleg:innen der Charité erfanden das Konzept der sogenannten Tarifberater:innen: Vertreter:innen aller Stations-Teams sollten an jedem entscheidenden Punkt gemeinsam mit der Tarifkommission diskutieren, um eine Abkoppelung der Gremien von der Basis zu vermeiden. Die Teams waren in den Verlauf des Arbeitskampfes eingebunden und konnten ihn aktiv mitgestalten, anstatt sich lediglich über das Ergebnis zu freuen oder zu klagen. Die Idee dahinter war, dass die Beschäftigten die Expert:innen sind, die wissen, wie viel Personal gebraucht wird. Dieses Konzept wurde bei allen folgenden Streiks für Entlastung übernommen – zum Teil mit einem anderen Wort für die Tarifberater:innen: Streikdelegierte oder ähnliches. Dieser Prozess ist durchaus als eine Wortergreifung der Beschäftigten und eine Demokratisierung von Tarifauseinandersetzungen anzusehen.

Auf den konservativen Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) machte das alles offensichtlich solchen Eindruck, dass er ein unerwartetes Gesetz einbrachte. In diesem wurde beschlossen, dass die Pflege (am Bett) aus den DRG herausgenommen wird und im Modus der Selbstkostendeckung bezahlt wird. Eine Sensation, denn das war das erste Mal seit Jahrzehnten, dass ein Gesetz in die komplett entgegengesetzte Richtung wie die immer weiteren marktförmigen Reformen ging. Leider blieb dies bislang die einzig positive politische Konsequenz aus dem ganzen DRG-Schlamassel.

Sozialdemokratie und Revolution

Und dann wurde Karl Lauterbach (SPD) Gesundheitsminister. Am 23. Oktober 2022 kündigte er an prominenter Stelle im *heute journal* des ZDF an, dass die von ihm eingesetzte »Regierungskommission für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung« an einem Konzept für eine »Überwindung der Fallpauschalen« arbeite. Das Fallpauschalensystem habe sich seit seiner Einführung, an der Lauterbach als damals für Gesundheitspolitik zuständiges Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion selbst beteiligt war, »so stark verselbständigt, dass der ökonomische Druck zu stark« sei.[2]

Am 6. Dezember 2022 stellte die 17-köpfige Expertenkommission die »Revolution« in einer Pressekonferenz[3] vor. Neben einigen Mediziner:innen und Jurist:innen sitzen in dieser Kommission eine Expertin für Pflege, ein Pharmazeut, außerdem Volkswirte und Gesundheitsökonomen. Von letzteren nicht irgendwelche, sondern mit Boris Augurzky und Reinhard Busse genau jene Ökonomen, die bislang immer nur dadurch auffielen, dass sie noch mehr Markt und Konkurrenz einführen und gleichzeitig Krankenhäuser schließen und zentralisieren wollen. Weder waren Vertreter:innen der gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen (GKV und PKV) dabei,

noch welche der Gewerkschaften oder der organisierten Ärzteschaft (worüber diese sehr empört war und ist, weil sich Ärzt:innen ja allzu oft für Expert:innen halten und nicht für Lobbyist:innen im Eigeninteresse). Es waren aber auch keine Vertreter:innen der Pharma- oder Medizingeräteindustrie dabei.

Zunächst fiel bei dieser Pressekonferenz auf, dass Augurzky und Busse nicht auf dem Podium saßen, sondern neben dem Minister nur Praktiker:innen aus der Kommission: Tom Bschor, langjähriger Chefarzt der Abteilung für Psychiatrie der Schlosspark-Klinik Berlin, Christian Karagiannidis, Facharzt für Innere Medizin, Pneumologie und Intensivmedizin und Präsident der Deutschen Gesellschaft für Internistische Intensivmedizin und Notfallmedizin sowie Irmtraut Gürkan, die unter anderem stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende der Berliner Charité ist. Sowohl Lauterbach als auch Karagiannidis betonten, dass das vorgestellte Konzept ein »rein wissenschaftliches« sei, bei dessen Erstellung man Lobbyismus wie Politik ferngehalten habe. Der Sinn dieses Framings wurde in der Aktuellen Stunde des Bundestags am 15. Dezember 2022 deutlich. Hier sagte Lauterbach in Reaktion auf die Kritik an der Reform durch Ateş Gürpinar von der Partei Die Linke: »Das sind kluge Vorschläge … Sie glauben, dass Ihre Vorschläge besser sind als die Vorschläge der Wissenschaft? Das ist eine Missachtung der Wissenschaft. Was glauben Sie denn, wer Sie sind?«[4]

Was zuvor in der Debatte über die Coronapandemie bisweilen eingeübt wurde (unabhängig davon, ob inhaltlich richtig oder nicht), war plötzlich Normalität geworden: Kritik im Parlament wurde einfach mit dem Hinweis auf die Wissenschaftlichkeit eines politischen Vorschlags abgewürgt. Das will uns weismachen, Wissenschaft – zumal Gesundheitsökonomie – agiere im politisch-ökonomisch luftleeren Raum und ihre Resultate bedürften keiner politischen Diskussion mehr. Wie sehr sich neoliberale Vorstellungen in das Konzept der Expertenkommission drängten, zeigen ihre Vorschläge (siehe *express* 12/2024).

Ein kleiner Sieg im Diskurs

Auffallend war dennoch, dass sich inzwischen große Risse im argumentativen Gebäude der DRG-Verteidigung zeigten. In der erwähnten Pressekonferenz gewann man den Eindruck, dass dieses Gebäude – zumindest was die Problemanalyse angeht – in sich zusammenfällt. Auch das Kommissionspapier liest sich wie eine Bankrotterklärung des DRG-Systems; viele lange bekannte Argumente der Fallpauschalenkritiker:innen wurden plötzlich vom Gesundheitsminister selbst vorgebracht. Von »Daseinsvorsorge« war plötzlich wieder die Rede und der von Kritiker:innen des Systems gebrauchte Vergleich mit der Feuerwehr, die schließlich auch bezahlt werde, wenn es nicht brennt, wurde plötzlich nicht mehr ignoriert oder belächelt, sondern zustimmend aufgegriffen. Es war eine Freude zu sehen, wie die Expert:innen bei dieser Pressekonferenz unter Rechtfertigungsdruck gerieten und erläutern mussten, warum man *nicht* die Selbstkostendeckung für die gesamte Krankenhausfinanzierung einführen wolle. Es kam zwar nicht mehr als die üblichen ideologischen Parolen, die einer kritischen Prüfung[5] nicht standhalten, aber *diskursiv* können wir das dennoch als einen Erfolg für die Beschäftigten in der Bewegung ansehen. Der Vorschlag von Krankenhaus statt Fabrik, ver.di und den meisten Aktiven in der Krankenhausbewegung, die Krankenhäuser über Selbstkostendeckung zu finanzieren, musste von den Kommissionsmitgliedern zumindest aufgenommen und abgewehrt werden.

Hat sich auch die gesundheitspolitische Wirklichkeit geändert? Mitnichten folgt aus der Reform die »Überwindung der DRG«. Bereits die Präambel erläuterte: »Die Kommission geht (…) davon aus, dass Leistungsanreize erhalten bleiben müssen, weil auch eine ausschließlich leistungsunabhängige Vergütung – etwa in Form eines zu 100 Prozent garantierten Budgets oder einer Selbstkostendeckung – Fehlanreize setzt und erhebliche Risiken für eine patienten- und bedarfsgerechte Versorgung sowie finanzielle Risiken für die Kostenträger auslösen würde.«[6]

Neben dem Eingeständnis, dass es nicht um die Überwindung der DRG geht, ist interessant, dass die Kommission es offensichtlich für notwendig hielt, sich von der Selbstkostendeckung – über Jahrzehnte ein Unwort – begrifflich abzugrenzen. Wie unscharf ihre Begrifflichkeiten waren, zeigt sich daran, dass sie ein »garantiertes Budget« und Selbstkostendeckung in einem Atemzug nannte. Im Rahmen von Budgets bleiben aber weiterhin Gewinne und finanzielle Fehlanreize bestehen (Kostendumping, Verschiebung/Beendigung der Leistungserbringung bei Aufbrauchen des Budgets); bei der Selbstkostendeckung hingegen ist eine Zweckbestimmung für die Ausgaben gesetzt und Gewinne sind nicht mehr möglich. Der große Vorteil der Selbstkostendeckung liegt gerade darin, dass die bedarfsgerechte Versorgung im Mittelpunkt steht, unbelastet von finanziellen Erwägungen.

Umgang mit den Ländern

In dem im Dezember 2022 vorgestellten Kommissionpapier gab es drei wesentliche Neuerungen für die Organisation und die Finanzierung der Krankenhäuser: Die Krankenhäuser sollten in drei Versorgungsstufen eingeteilt werden: »Level I«, »Level II« und »Level III«, was nichts wirklich Neues ist und nur den altbekannten, in vielen Bundesländern mittlerweile wieder aufgegebenen Versorgungsstufen bei Krankenhausplanungen (Grundversorgung, Zentralversorgung und Maximalversorgung) entsprach. Jedem Level sollten bundeseinheitliche Strukturqualitätsanforderungen und insgesamt 128 Leistungsgruppen zugeordnet werden. Und die Finanzierung sollte zum Teil umgestellt werden auf sogenannte Vorhaltepauschalen. Letztere

waren in diesem Papier noch etwas anders gestrickt als der jetzige Vorschlag. Aber weder diese noch die heutigen Vorhaltepauschalen halten, was sie versprechen.

Was besonders die Bundesländer verärgert hat, war das Konzept der Level und der Leistungsgruppen: Erstens hätte dies bedeutet, dass der größte Teil der bestehenden Krankenhäuser in Deutschland die Anforderungen von Level II nicht erreicht hätte und zum Teil zu Schließung gezwungen gewesen wäre. Zweitens wären die Länder in der Krankenhausplanung entmachtet worden, denn die bundesweit vorgeschriebenen Kriterien hätten einen großen Teil der Planungskompetenz, die verfassungsmäßig den Ländern zusteht, unterminiert bzw. aufgehoben. Unabhängig davon, ob man dieses föderale Moment gesundheitspolitisch für sinnvoll hält oder nicht, setzte sich hier der Bundesgesundheitsminister einfach über die Länder hinweg. Das ließen diese aber nicht mit sich machen. Im Kompromisspapier vom 10. Juli 2023, dem »Finalen Eckpunktepapier von Bund und Ländern«, waren die

Level entsprechend nicht mehr zu finden, sondern nur noch Leistungsgruppen. In abgeschwächter Form haben diese aber immer noch eine ähnliche Funktion, allerdings mit Ausnahmen, die die Länder bestimmen können.

Zur Vordertür also rausgeworfen, führte Lauterbach die Level bei nächster Gelegenheit – ohne sich um Verfassungsfragen zu kümmern – wieder ein: Am 19. Oktober 2023 wurde das »Gesetz zur Förderung der Qualität der stationären Versorgung durch

Transparenz (Krankenhaustransparenzgesetz)« in dritter Lesung im Bundestag verabschiedet. Das Gesetz ist nach Angaben des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) nicht zustimmungspflichtig durch den Bundesrat. Die Standorte der Krankenhäuser werden auf dieser Transparenzliste, dem *Bundes-Klinikatlas,*[7] nach den vorgehaltenen Leistungsgruppen in verschiedene Level unterteilt. Die Zuordnung wird durch die Krankenhausplanung der Länder vorgenommen. Die Transparenzliste soll den Patient:innen helfen, das richtige Krankenhaus für ihr Anliegen zu finden und damit die Qualität der Versorgung steigern.

Informationen über die Qualität der jeweiligen Krankenhausbehandlung sind selbstverständlich sinnvoll. Da es solche Informationen aber schon gab (z.B. die mittlerweile eingestellte »Weisse Liste«, den »AOK-Gesundheitsnavigator« oder die Qualitätsberichte der Krankenhäuser), erschloss sich die Notwendigkeit dieser weiteren Zusammenstellung nicht wirklich. Es sei denn, es gab andere Absichten – und die gab es: Die Transparenzliste soll als weiteres Instrument zur Schließung von kleinen Krankenhäusern dienen und die von den Bundesländern abgelehnten Level versteckt einführen. In Wirklichkeit ging es weniger um Qualität als um diese Ziele. Die Qualitätserzählung diente, wie bei der Schließungswelle und Zentralisierung, nur der Legitimation einer sonst schwer vermittelbaren Reform und der Ablenkung.

Wenn es wirklich um eine Verbesserung der Qualität ginge, müsste man ganz andere Maßnahmen ergreifen: eine Verbesserung der Personalausstattung, die Abschaffung der DRGs, eine kostendeckende Finanzierung, also auch sichergestellte Übernahme der Investitionskosten durch die Länder. Krankenhäuser mit einem solchen Register öffentlich zu beurteilen, führt eher zur Vertuschung oder/und zur Patient:innenselektion, um Komplikationen zu vermeiden.

Insgesamt ist es offensichtlich, dass das Transparenzgesetz den Versuch darstellte, den Konsens zwischen Bund und Ländern im Eckpunktepapier durch die Hintertür wieder rückgängig zu machen. Es handelte sich eindeutig um einen Eingriff in die Planungshoheit der Länder.[8]

Auswirkungsanalyse? Nur für Koalitionspartner

Der Gesundheitsminister hatte lange vor Verabschiedung des Gesetzes angekündigt, dass er eine Auswirkungsanalyse bzw. ein Tool zur Verfügung stellen werde, so dass man in den Bundesländern und vor Ort schon mal konkreter ausloten könne, was die Reform bedeuten wird. Bis Anfang Oktober 2024 gab es diese aber immer noch nicht, obwohl die zweite und dritte Lesung im Bundestag am 17. Oktober 2024 stattfanden und der Bundesrat schließlich am 22. November 2024 abstimmte. Schon dass die beiden Lesungen an einem Tag waren und dass die Anhörung zu diesem komplizierten und wirkmächtigen Gesetz nur zwei Stunden gedauert hat, zeigt, dass die Regierung genauso weitergemacht hat wie bei der Vorstellung des Konzepts. Auf die Expertise von anderen Parlamentarier:innen wie von Expert:innen außerhalb der Kommission wurde keinen Wert gelegt.

Der Umgang mit der lang geforderten Auswirkungsanalyse zeugt erneut von einer Missachtung parlamentarisch-demokratischer Gepflogenheiten auf Seiten von Gesundheitsminister Lauterbach: Einen Tag vor der Verabschiedung in zweiter und dritter Lesung hatte der Gesundheitsausschuss dem KHVVG mit den Stimmen der Ampel-Regierung und gegen die Stimmen aller Oppositionsfraktionen zugestimmt. Laut dem Internetportal *Bibliomed Manager* hatte Lauterbach in der Ausschusssitzung eingeräumt, dass die seit Monaten mit Spannung erwartete Auswirkungsanalyse zur geplanten Krankenhausreform bereits vorlag und von den Ampel-Fraktionen genutzt wurde. Zurecht kritisierte Tino Sorge, der gesundheitspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, dieses Vorgehen als »Tiefpunkt des Parlamentarismus und des Föderalismus … Offensichtlich unterscheidet Karl Lauterbach nun zwischen Abgeordneten erster und zweiter Klasse«.[9]

Als das Tool dann angewendet werden konnte, beschrieb das *Deutsche Ärzteblatt* das Ergebnis: »Demnach haben 60 Prozent der Regel- und Schwerpunktkrankenhäuser angegeben, dass sie die Vorgaben überwiegend (70 bis 90 Prozent der Vorgaben) oder nur teilweise (50 bis 70 Prozent) erfüllen können. Bei den grundversorgenden Häusern haben 82 Prozent erklärt, dass sie die Vorgaben nicht gänzlich erfüllen können.«[10] Das ist kein Zufall, sondern Methode. Denn mit der Verabschiedung des Gesetzes wurde von Lauterbach klar und offen ausgesprochen, was z.B. das Bündnis »Krankenhaus statt Fabrik« schon die ganze Zeit gesagt hat: dass durch diese Reform in den nächsten Jahren hunderte Krankenhäuser (von aktuell ca. 1.700) geschlossen werden sollen. Kein Wunder, dass dieses Vorhaben autoritär durchgedrückt wurde.

Schade, dass die wichtigste gesellschaftliche Oppositionsinstanz in diesem Fall, nämlich die Gewerkschaft ver.di, ein Totalausfall war: Während der zwei Jahre seit Ankündigung der Reform gab es von Seiten ver.dis keinen nennenswerten Widerstand gegen sie. Das heißt mitnichten, dass die ver.di-Mitglieder oder Beschäftigten des Fachbereichs C diese Politik für richtig halten. Im Gegenteil: Man hörte an der Basis bei betrieblichen wie gewerkschaftlichen Interessenvertreter:innen großen Unmut über diese Reform und über den ausbleibenden Protest von Seiten der Gewerkschaft.

Wehret den Anfängen

Das KHVVG wurde vom BMG an bestimmten Punkten autoritär durchgesetzt. Wir erleben Ansätze einer Verselbständigung der Exekutive, die in anderen westlichen Demokratien schon viel beängstigendere Formen angenommen hat. Ein Aufschrei der demokratischen Öffentlichkeit blieb bisher aus. Es ist aber abzusehen, dass sich diese Art, Politik zu machen, auch in Deutschland weiter durchsetzen wird.

Der neue Bundeskanzler Friedrich Merz hatte bereits anlässlich des schrecklichen Attentats in Aschaffenburg im Januar angekündigt: »Ich werde im Fall meiner Wahl zum Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland am ersten Tag meiner Amtszeit das Bundesinnenministerium im Wege der Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers anweisen, die deutschen Staatsgrenzen zu allen unseren Nachbarn dauerhaft zu kontrollieren und ausnahmslos alle Versuche der illegalen Einreise zurückzuweisen«.[11] Er kündigte also an, geltendes Recht auszusetzen und auf die Gewaltenteilung zu pfeifen. Sobald die neue Regierung im Amt war, erließ der neue Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) eine Anweisung, die Grenzkontrollen zu verstärken und Schutzsuchende zurückzuweisen. Im sogenannten Kanzlerduell hatte Merz, der selbst Jurist ist, ein paar Tage später die Pflichtverteidigung für Menschen in Abschiebehaft diskreditiert und damit demonstriert, was er vom Rechtsstaat hält. Pro Asyl hielt dagegen und erläuterte öffentlich, dass Pflichtanwälte ein notwendiges Muss in einem Rechtsstaat sind.[12]

Opposition und Widerstand nicht nur gegen die zukünftige Krankenhauspolitik der schwarz-roten Koalition wird angesichts dessen sicher nicht leichter werden. Zumal ver.di mutmaßlich weiterhin als relevanter Akteur ausfallen wird, solange die SPD regiert.

** Nadja Rakowitz ist Medizinsoziologin und Geschäftsführerin des Vereins demokratischer Ärzt*innen, der Teil des Bündnisses »Krankenhaus statt Fabrik« ist. Sie macht Bildungsarbeit für ver.di und die Rosa-Luxemburg-Stiftung.*

Anmerkungen:

1 DRG steht für »Diagnosis Related Groups«, diagnoseorientierte Fallgruppen. Beim DRG-System handelt es sich um ein Abrechnungssystem, das die Kosten für stationäre Krankenhausbehandlungen nicht an der Verweildauer der Patient:innen bemisst, sondern dafür Fallpauschalen veranschlagt.

2 Siehe beispielsweise: Bundesministerium für Gesundheit: Fragen und Antworten zur Krankenhausreform, 26. Dezember 2024, www.bundesgesundheitsministerium.de/themen/krankenhaus/krankenhausreform/faq-krankenhausreform.html.

3 Siehe das Video der Pressekonferenz vom 06.12.2022 zur Reform der Krankenhausfinanzierung: www.youtube.com/watch?v=mIjLlmAshu0.

4 Deutscher Bundestag: Stenografischer Bericht, 76. Sitzung, Plenarprotokoll 20/76, 15. Dezember 2022, S. 9076, dserver.bundestag.de/btp/20/20076.pdf.

5 Siehe Bündnis Krankenhaus statt Fabrik: Factsheet. Kostendeckung 2.0. Unsere Vorstellungen einer alternativen Krankenhausfinanzierung, https://www.krankenhaus-statt-fabrik.de/53215.

6 Dritte Stellungnahme und Empfehlung der Regierungskommission für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung. Grundlegende Reform der Krankenhausvergütung, 6. Dezember 2022.

7 Online unter bundes-klinik-atlas.de.

8 Siehe Bündnis Krankenhaus statt Fabrik: Bewertung Krankenhaustransparenzgesetz, November 2023; www.krankenhaus-statt-fabrik.de/2024/03/04/bewertung-krankenhaustransparenzgesetz.

9 Bibliomed Manager: Auswirkungsanalyse-Tool ist schon in Gebrauch, 16.10.2024, www.bibliomed manager.de/news/auswirkungsanalyse-tool-ist-schon-in-gebrauch.

10 Mehrheit der Kliniken kann Leistungsgruppen nicht erfüllen, Deutsches Ärzteblatt, 18. November 2024.

11 Zurückweisungen ohne Ausnahme. Merz will am ersten Kanzler-Tag alle Grenzen dichtmachen, NTV, 23.01.2025, www.n-tv.de/politik/Merz-will-am-ersten-Kanzler-Tag-alle-Grenzen-dichtmachen-article25509641.html.

12 Pro Asyl: Die CDU unter Merz gefährdet Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Deutschland, 29.01.2025, www.proasyl.de/news/die-cdu-unter-merz-gefaehrdet-demokratie-und-rechtsstaatlichkeit-in-deutschland.

contraste
zeitung für selbstorganisation
488 42. JAHRGANG MAI 2025 5,20 EUR
PROJEKTE GENOSSENSCHAFTEN BIOTONNE KUNST&KULTUR

SCHWERPUNKT
Gemeinnützigkeit schützen
www.contraste.org

Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung
Vierteljahreszeitschrift 36. Jahrgang
Nr. 142, Juni 2025, 224 Seiten

Kriegstüchtigkeit

Goldberg/Leisewitz/Reusch – ***Koalitionsvertrag: Militarisierung und autoritärer Staatsumbau*** / Reusch – ***Kriegstüchtig statt friedensfähig*** / Wohlfahrt – ***Aktuelle Kriegsliteratur*** / Kirsch – ***„Autos zu Rüstung“*** / Kornfeld – ***Werden Panzer und Kanonen zum Wirtschaftsmotor?*** / Huffschmid – ***Kapitalismus und Rüstung***

Krise der Automobilindustrie

Kurtzke – ***Versagen von Markt und Staat*** / Krull – ***Autoindustrie - eine soziale und ökologische Katastrophe*** / Michaelis/Rehfeldt/Sittel/Stangl – ***Beschäftigte von Automobilzulieferern in Ostdeutschland in der Transformation***

Marx-Engels-Forschung: Schwarz – ***Klaus Müllers Buch über Marxistische Wirtschaftstheorie***

Und: Hautsch – ***Medien vom Roboter*** / Schadt – ***Digitalisierung in Indien*** / Schuhler – ***Deutschlands Abstieg im globalen Kapitalismus*** / Adler – ***Wie geht linke Migrationspolitik?***

Sowie: Kommentare; Zuschriften; Zeitschriftenschau; Berichte; Buchbesprechungen

Z Einzelpreis: 10,- Euro (zzgl.Versand) im Abo: 38,00 Euro; Auslandsabo 46,- Euro (4 Hefte/ Jahr incl. Vers.) Abo reduz.: Inland 30,00 u. Ausland 38,- Euro. Bezug über E-mail, Buchhandel (ISSN 0940 0648) oder direkt: Z-Vertrieb: Postfach 700 346, 60553 Frankfurt am Main, Tel./Fax 069 / 5305 4406

www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de - e-mail:redaktion@zme-net.de

Zu links für dich

Mit nd DIGITAL bekommst du genossenschaftlich produzierten Journalismus auf das Gerät deiner Wahl: zu jeder Zeit, von überall, in deiner Hand.

dasnd.de/digitallesen

nd

Antisemitismus jeglicher Couleur

Neues Buch gibt Überblick über den Antisemitismus in der AfD – von Klaus Blees*

Obwohl Antisemitismus zentraler, allgegenwärtiger Bestandteil der Ideologie und Agenda der AfD ist, wird er von deren Gegnern kaum thematisiert. In Statements, Demoaufrufen oder Kundgebungsreden unter dem Motto »No AfD« werden Rassismus, Queerfeindlichkeit, Antiziganismus und andere die Partei prägende Formen der Menschenfeindlichkeit klar benannt – Antisemitismus aber fehlt in vielen dieser Aufzählungen entweder völlig oder wird, wie bei einer Pflichtübung, in einem Nebensatz erwähnt. Nur in wenigen Arbeiten, die die Geschichte und Politik der AfD analysieren, wird er bisher angemessen behandelt.

Stefan Dietl, Gewerkschafter und Autor von »Die AfD und die soziale Frage«, schließt diese Lücke mit seinem neuen Buch »Antisemitismus und die AfD«. Er untersucht die verschiedenen Erscheinungsformen des Antisemitismus in der Partei, denen er jeweils eigene Kapitel widmet. Dass dabei klassische Formen des rechten Antisemitismus besonders ins Auge fallen, ist keine Überraschung. Geschichtsrevisionismus, die Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen und Schlussstrichforderungen gehören zum Geschäft, wenn man wieder stolz sein will auf ein vom »Schuldkult« befreites Deutschland, das endlich seine Führungsrolle in der Welt zurückgewinnen soll. Da stören prominente Vertreter jüdischer Organisationen, die den Finger in die Wunde legen. Dass sie als Feinde markiert und ins Visier genommen werden, liegt auf der Hand.

Stefan Dietl: »Antisemitismus und die AfD«, Verbrecher Verlag 2025, ISBN: 9783957326164, 136 Seiten, 16 Euro

Verschwörungserzählungen

Kennzeichnend sind ebenso die bekannten, als Weltdeutungsmuster dienenden antisemitischen Verschwörungserzählungen in ihren modernisierten Varianten. »Globalistische Eliten« werden als Drahtzieher der Weltpolitik halluziniert, die das eingeborene deutsche Volk durch einen »großen Austausch ersetzen« wollen. Personifiziert werden diese »Eliten« beispielsweise im aus Ungarn stammenden jüdischen Multimilliardär und Philanthropen George Soros, der in dieser Funktion weitgehend das alte Feindbild der Rothschilds abgelöst hat. Als wichtigster Katalysator des verschwörungsideologischen Antisemitismus diente in den letzten Jahren die Corona-Pandemie, die zum bewussten Manöver zwecks Versklavung der Menschen umgedeutet wurde. Dass solches Verschwörungsdenken in tödliche Gewalt umschlagen kann, daran erinnert der Anschlag auf die Synagoge in Halle am 9. Oktober 2019.

Völkischer Antikapitalismus

Eng verwoben mit dieser Drahtzieherideologie ist der völkische Antikapitalismus des Höcke-Flügels der Partei. Dessen antikapitalistische Rhetorik hat nichts mit einer Kritik der kapitalistischen Produktionsweise zu tun. Die Völkischen personifizieren, wie es auch manche Linke tun, deren Erscheinungsformen. Die Übel des Kapitalismus lasten sie einzig dem jüdisch konnotierten »raffenden« Finanzkapital bzw. dessen Vertretern an und stellen ihm das gute, »schaffende« deutsche Kapital gegenüber.

Dem völkischen Teil der Partei wird oft der neoliberale, marktradikale gegenübergestellt, der staatliche Eingriffe ablehnt. Dieser Anti-Etatismus ist aber, wie Dietl zeigt, keineswegs egalitär oder antiautoritär, denn er bezieht sich ausschließlich auf das Marktgeschehen. Damit der freie Markt im Sinne sozialdarwinistischer Überausbeutung funktionieren kann, ist ein starker Staat notwendig, der die Rechte von Gewerkschaften und Arbeiter:innen einschränkt oder im schlimmsten Fall außer Kraft setzt – wie einst beim Putsch von Pinochet in Chile. Hier nivelliert sich der Unterschied zum offen faschistischen Flügel, wobei die personellen Übergänge eh fließend sind. Verschwörungserzählungen sind auch bei den Marktradikalen impliziert: Wenn in Krisen die »unsichtbare Hand des Marktes« versagt, müssen Schuldige gefunden werden.

Christlicher Antisemitismus

Nicht überraschend ist Dietls Befund, dass christlich-fundamentalistischer Antisemitismus wesentliche Teile der AfD prägt. Die demonstrativ von christlich-fundamentalistischen Kreisen gezeigte Solidarität mit Israel steht dazu nicht im Widerspruch. Im Gegenteil. In der Vorstellung religiöser Fanatiker geht beides gut zusammen: Wenn sich alle Juden einer ansonsten judenfreien Welt in Israel versammelt haben, wird der christliche Messias wieder erscheinen. Dann müssen sich die Juden entscheiden, ob sie ihn anerkennen. Das Judentum verliert seine Existenzberechtigung.

Israelbezogener Antisemitismus

Entgegen dem von der AfD gepflegten und von ihren Gegnern meist für bare Münze genommenen israelfreundlichen Image, spielt der israelbezogene Antisemitismus in der Partei eine erhebliche Rolle. Nicht nur gibt es, wie Dietl zeigt, einflussreiche Mitglieder, die sich um die erwünschte Außenwirkung nicht scheren und offen israelfeindlich auftreten. Die nach Außen zur Schau getragene Israelfreundlichkeit ist instrumentell: Man glaubt, den jüdischen Staat für den eigenen Hass gegen Muslime einspannen zu können. Der hiesige Antisemitismus wird anderen in die Schuhe geschoben und auf einen muslimischen, »importierten« Antisemitismus reduziert. Auf internationaler Ebene hat die AfD keine Berührungsängste mit islamischen Antisemiten. In der Bundestagsfraktion gibt es zahlreiche Lobbyisten des auf die Vernichtung Israels zielenden iranischen Regimes. Zeitweilig hatte die AfD die deutsch-iranische Parlamentariergruppe übernommen, die dann für eine regimefreundliche Politik eintrat. Ebenso wurde das Assad-Regime von AfD-Politikern hofiert. Die Opfer des Pogroms vom 7. Oktober 2023 bezeichnete der AfD-Bundesvorsitzende Tino Chrupalla verharmlosend als »Kriegstote«.

Dietl hat einen lesenswerten Überblick über den Antisemitismus in der AfD geschrieben. Vielleicht trägt er dazu bei, dass zukünftig in Statements, Demoaufrufen und Kundgebungsreden der Antisemitismus der AfD klarer benannt wird.

** Klaus Blees ist Mitarbeiter der Aktion 3. Welt Saar e.V.*

ARBEIT – BEWEGUNG – GESCHICHTE widmet sich der Geschichte von Arbeit und Arbeiterbewegungen von der Global Labour History bis hin zur Regional- und Alltagsgeschichte, vom Frühsozialismus bis zur Neuen Linken. Soziale Bewegungen, Arbeiterparteien und Gewerkschaften sind ebenso Thema wie (proletarische) Frauenbewegung und die Geschichte des Staatssozialismus.

Ein umfangreicher Rezensionsteil sowie Tagungsberichte runden jedes Heft ab.

ARBEIT – BEWEGUNG – GESCHICHTE erscheint dreimal jährlich (Januar, Mai und September) im Metropol Verlag Berlin. ISSN: 2366-2387 • Einzelheft: 14 € zzgl. Porto • Jahresabonnement (3 Hefte): 39 € (Ausland 49 €) einschl. Porto • Bestellungen an den Metropol Verlag: veitl@metropol-verlag.de • www.metropol-verlag.de

www.arbeit-bewegung-geschichte.de

Ⓜ METROPOL

»links« lebt!

Politische Diskussionen und Interventionen in der Online-Zeitung www.links-netz.de

links netz

Prämien für neue Abos

Für jedes Geschenkabonnement und jedes selbst erworbene Jahresabonnement gibt es eine der folgenden Prämien (bitte ankreuzen)

- ☐ *Heiner Dribbusch:* »STREIK. Arbeitskämpfe und Streikende in Deutschland seit 2000 – Daten, Ereignisse, Analysen«. VSA-Verlag: Hamburg 2023.
- ☐ *Carsten Wirth (Hrsg.):* Konkurrenzen und Solidaritäten. Festschrift für Anton Kobel zum 75. Geburtstag, Nomos: Baden-Baden 2021
- ☐ *Mario Candeias (Hrsg.):* »Klassentheorie. Vom Making und Remaking«. Argument-Verlag: Hamburg 2021.
- ☐ *Slave Cubela:* »Anger – Hope – Action. Organizing und soziale Kämpfe im Zeitalter des Zorns«. Verlag Die Buchmacherei: Berlin 2021.
- ☐ *Jane McAlevey:* »Macht. Gemeinsame Sache. Gewerkschaften, Organizing und der Kampf um die Demokratie«. VSA-Verlag: Hamburg 2021.
- ☐ *Torsten Bewernitz:* »What would Picard do? Star Trek als Social Fiction«. Unrast-Verlag: Münster 2025.

Ich bin *express*-AbonnentIn und habe nebenstehende/n neue/n LeserIn geworben.

Meine Anschrift:

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Abonnement

Ich abonniere den *express*

- ☐ zur Probe 3 Nummern zum Preis von 10 Euro (nur gegen Vorkasse);
- ☐ zu nebenstehenden Bedingungen.

Ich zahle

- ☐ mein Jahresabonnement (40 Euro)
- ☐ meine Förderabonnement (70 Euro)
- ☐ mein ermäßigtes Abo (20 Euro) – (Studierende, Auszubildende, Erwerbslose – Beleg beifügen)
- ☐ mein Institutionenabo (80 Euro) – BR, Bibliotheken etc.
- ☐ gegen Rechnung

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Email

Datum 1. Unterschrift

Diese Vereinbarung kann ich innerhalb von vier Wochen bei der AFP widerrufen:

2. Unterschrift

Impressum

Herausgeber: AFP e.V., »Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der politischen Bildung« e.V.
Redaktionsanschrift: express-Redaktion
Niddastraße 64, 60329 Frankfurt a.M., Tel. (069) 67 99 84,
email: express-afp@online.de, www.express-afp.info,
www.labournet.de/express
Erscheinungsweise: 10 Ausgaben/Jahr
Bezugspreise: Einzelheft 4,00 Euro; Jahresabonnement 40 Euro, erm. 20 Euro (Studierende, Auszubildende) und 80 Euro Institutionenabo – einschl. Versandkosten.
Bankverbindung:
AFP e.V., Sparda-Bank Hessen eG,
IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37
BIC: GENODEF1S12
Abbestellungen müssen bis spätestens 30.9. vor Ende des Kalenderjahres bzw. 3 Monate vor Ablauf des Bestellzeitraumes schriftlich erfolgen.
Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Mit Namen gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
ISSN: 0343–5121
V.i.S.d.P.: Kirsten Huckenbeck, Frankfurt
Layout/Satz: Birgit Letsch, Hanau
Druck: Union Druckerei, Berlin